# DEMONSTRATION

## -"Her mit dem schönen Leben!"-

# 15. JUNI IN BONN

**Beueler Bahnhof**

**Auftakt 13 Uhr**

**Bundesweiter Sternmarsch** **gegen Sozialabbau**


# INTERIM

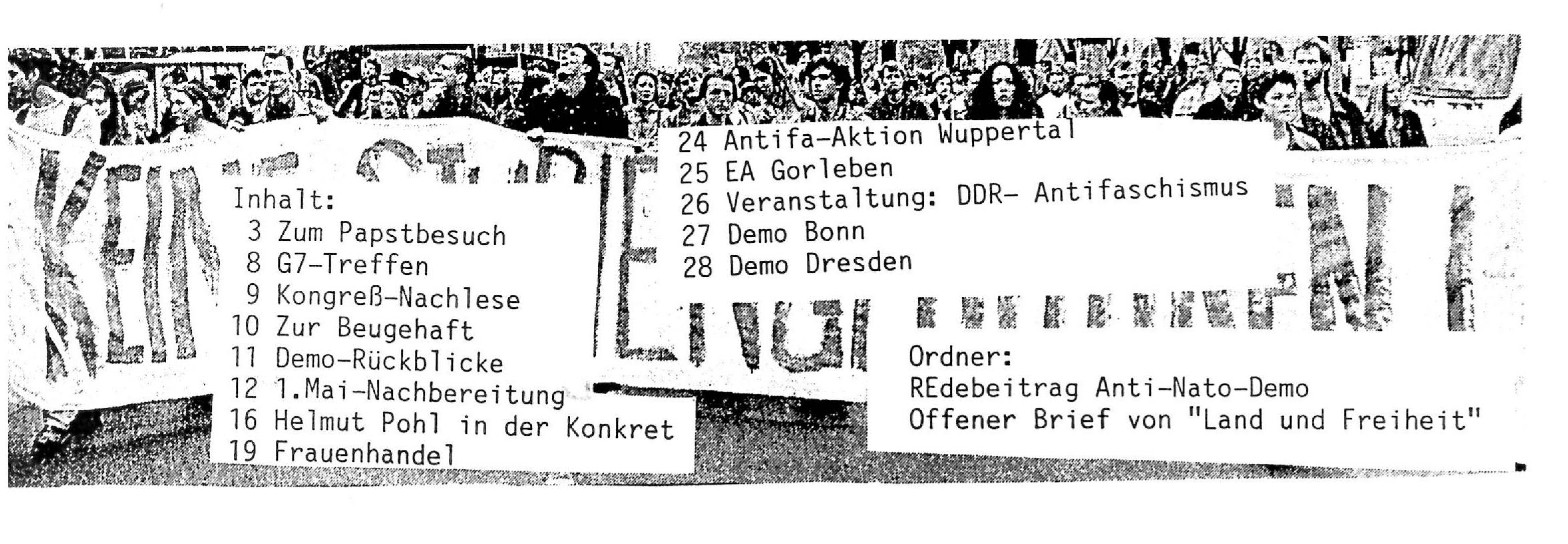
Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

14.6.1996

Nr. 380



Inhalt:



Ordner:



Wie wir durch die Tgaespresse und das schwarze Brett im Ex erfahren mußten, wurde Benjamin Ramos Vega am 6.Juni in den Folterapparat spanischer Gefängnisse abgeschoben. Wir wünschen ihm alle nur erdenkliche Kraft!!!

Noch ein paar Anmerkungen rein technischer Natur:
Das Programm von Größenwahn konnten wir leider nicht abdrucken, da die Hintergrundfarbe zu -dunkel ist. Also nochmals zur Erinnerung: Rot, Grün, Blau wird im Schwarz-weiß-druck immer nur SCHWARZ!!
Aufgrund der vielen Texte haben wir einige Beiträge (noch einmal) verschoben - bis zum nächsten Mal...
Geschafft, überhitzt, schweißtriefend, allerdings nicht wegen dieses umwerfenden Vorwortes, strecken wir jetzt alle Viere von uns und haffen, daß wir nichts wichtiges vergessen haben!


**Impressum:**

**Herausgeberin:**
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

**Redaktionsanschrift:** ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.


# Protestieren

→ aber wir wollen nicht aktzeptieren.nicht ertragen. ... fordern die freiheit der kunst.die freiheit der meinung.die freiheit der realität.

★ wir wollen nicht eine realität-wir wollen nicht DIE realität-wir wollen nicht eure realität.....wir nehmen die realität paßt.
wir propagieren nicht propagieren REALITÄTEN .

★ wir wollen nicht eine freihe nicht die freiheit WIR WOLLEN NI FREIHEIT- wir nehmen uns die freiheit uns paßt. wir propagieren nicht freih wir propagieren FREIHEITEN .

★ wir wollen nicht eine gleichheit- wi nicht Die gleichheit-wir wollen nic gleichheit-wir nehmEN UNS DIE VIELFA Uns kleidet-. wir propagieren nicht gleichheit -wir propagieren VIELFÄLTIGKEIT →






„StudentInnen und sozial Schwache zuerst", haben sie gesagt-und wir sind drauf reingefallen.

# *Alles wird gut.*

# *Der Papst macht mobil.*

Die katholische Kirche weiß Rat. Wo, wenn nicht dort, finden Sie in Person des Papstes den väterlichen Rat in allen Lebenslagen? Ist Ihr Mann etwa arbeitslos und Sie selbst zum dritten Mal schwanger? Kein Problem, da hilft Beten. Beten macht satt. Nehmen Sie keine Verhütungsmittel, um das Problem zu lösen, denn dann kommen Sie ins Fegefeuer.
Der Papst ist für alle da. Vor allem weiß er was für Frauen gut ist. Kinderkriegen! Sie sind sich da nicht so sicher? Fragen Sie den Heiligen Stuhl, denn die Päpste und Priester zeugen seit Jahrhunderten Kinder.
Sind Sie etwa homosexuell oder mangelt es Ihnen an jeglicher Orientierung? Das ist schlimm. Ihnen muß klar sein, auch vorehelicher Geschlechtsverkehr ist verboten! Können Sie ihrer Wollust keinen Einhalt gebieten? Was wirklich hilft, ist den Rosenkranz zu beten. Bei jeder Anfechtung! Auf keinen Fall nehmen Sie Kondome! Aids ist die gerechte Strafe für die Sündigen und nur die Ehe schützt vor dieser Geißel der Menschheit. Wir leben in schwierigen Zeiten und deshalb ist der Heilige Vater Halt und Orientierung. Er ist ein weitgereister Mann und steht mit allen Vieren auf der Erde. Sollten Sie in der dritten Welt leben, das macht nichts. Schon in der Bibel steht, wer arm ist dem sei das Himmelreich. Sie haben ja Ihre Kinder, die Sie glücklich machen. Bedenken Sie in Gottes Schöpfung soll die Menschenhand nicht eingreifen.
Die schützenden Hände seiner Heiligkeit sind über alle Schäfchen ausgebreitet. Sind Sie vielleicht ein rechter Gesinnungsbruder und müssen schnell mal das Weite suchen? Wir können Sie gut beraten, da haben wir seinerzeit viele Erfahrungen sammeln können.
Unsere Lebenshilfe ist zeitgemäß und dienstleistungsorientiert. Falls Sie schmutziges Geld aus dunklen Kanälen reinwaschen müssen, steht Ihnen unsere Vatikanbank mit Rat und Tat zur Seite.
Oder haben Sie Probleme mit der Politik in Ihrem Land? Mit unliebsamen politischen Gruppen etwa? Nun, wir reden nicht so gern darüber, aber wir haben für solch schwierige Aufgaben besondere Orden und Logen, die auch mal schnell die richtigen Leute an die Macht bringen.
Aber kehren wir zu den kleinen Problemen des Alltags zurück. Der Papst kann Sie verstehen. Er ist der Vertreter Christi auf Erden, und Vertreter haben schon immer das Ohr an den Sorgen der Menschen. Und der Papst ist wirklich besorgt, hat ihn doch die Kunde ereilt, daß viele seiner Schäfchen in tiefe Glaubenkrisen gefallen sind. Einige dieser Verirrten sind dem Materialismus anheimgefallen, so fordern sie doch tatsächlich die Trennung von Staat und Kirche, oder gar die Abschaffung der Kirchensteuer. Immer öfter muß der Pontifex jene Stimmen vernehmen, die z.B. vom Selbstbestimmungsrecht der Frauen reden, oder gar von dem Recht auf Wahl der sexuellen Orientierung. In Berlin sollen diese Dinge geradezu ausufern. Abtreibung, Genußsucht, Arbeitsscheu, Frauenemanzipation, Schwul-Sein und Lesbianismus sind furchtbare Abweichungen und führen Berlin in den Sündenpfuhl! Wir werden unsere heiligen Augen davor nicht verschliessen können.
Aber die Hilfe naht! Der Papst kommt! Kommt Euch zu laben und Barmherzigkeit zu spenden, denen die da Glauben. Strenge und Ermahnung und reuige Buße aber für die, die da abtrünnig dem Pfad des Bösen folgen.

## *Viele Fäuste für ein Halleluja !*



DEMONSTRATION 23.6.1996, Winterfeldtplatz/ hinter der Kath. Pfarrkirche St.Matthias.
BEGINN: Mittags (genauen Zeitpunkt der Tagespresse entnehmen)

# Der Papst macht mobil!

*Jauchzet und frohlocket bei einem Sündenpfuhlspektakel!*

**am 23. Juni 1996**

Möglichkeit der inneren und äußeren Sammlung für die feierliche Prozession

um

**14 Uhr**

**am Winterfeldtplatz**

Platz hinter der kath. Pfarrkirche St. Matthias
Introitus / Eröffnung
feierliche Ausrufung der Gegenpäpstin
Epistel, Graduale (Chor), Credo

Feierliche Prozession mit Segenssprüchen der Gegenpäpstin an den Kathedralen des Geldes und der freien Presse
Pallasstraße, Potsdamer Str., Entlastungsstraße, Ebertstraße zum Platz vor dem Brandenburger Tor

Platz vor dem Brandenburger Tor (Westseite)
Gegenpäpstliche Messe
Offertorium, Konsekration, Kommunion (Genuß der Opfergaben)
Abschließender Segen

†††

19.10 Uhr Abschiedszeremoniell am Brandenburger Tor mit Ansprache des Papstes (der sich hier auch in das Goldene Buch der Stadt Berlin einträgt), des Bundeskanzlers und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

**Zum Artikel „Know your enemy!"** von den evangelischen ChristInnen und AnarchistInnen Clara und Leon in der Interim Nr. 377

Nach einer Handvoll von uns gemachten Filmvorführungen mit Diskussion, die oft klein, aber für uns und wie uns mitgeteilt wurde auch für das Publikum sehr ergiebig waren und nach der Anti-Papst-Interim Nr. 377 wollen wir den von uns aufgegriffenen Themenschwerpunkt etwas weiter ausführen. Besonders die Angriffe von Clara und Leon fanden wir interessant, wenn auch sehr schief. Garniert mit Ausdrücken wie „verschwiegenen Tatsachen", „strotzt nur so von faktischen Fehlern und sinnentstellenden Zitaten", „natürlich blanker Unsinn" „zeugt von tiefer Unkenntnis" versuchen die beiden ChristInnen und AnarchistInnen, wie sie sich selbst bezeichnen uns auf unseren Schwerpunkt zu reduzieren und uns jegliche Kompetenz abzusprechen. In ihrem Schlußwort gehen sie sogar so weit uns vorzuschlagen, die Finger von der braunen Geschichte der katholischen Kirche zu lassen und uns auf andere Themenbereiche zu konzentrieren. Was sie hierbei übersehen ist, daß die von ihnen vorgeschlagenen Themen bisher schon ein wichtiger Teil unserer internen und öffentlichen Diskussion sind. Eine Fixierung auf das Thema Faschismus halten wir für ebenso falsch wie ein völliges Ausblenden des Themas.

## dem Staat gehorsam!

Bis 1933 wurde der Nationalsozialismus von der katholischen Kirche für unvereinbar mit christlichen Lehren gehalten. Nachdem Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, beeilte sich die katholische Kirche der neuen Regierung ihre Treue zu schwören. Grundlage für diesen Gehorsam ist die Aussage des Apostel Paulus im Brief an die Römer (13,1 ff):

> „Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt." Für den Fall des Widerstandes erklärte Paulus: „Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes, und wer sich ihm entgegenstellt, wird dem Gericht fallen."

In den folgenden Jahren bemühten sich die Bischöfe, um als Verhandlungspartner nicht auszuscheiden, auch schon den Anschein zu vermeiden, daß sie prinzipielle Gegner des nationalsozialistischen Regimes seien.
Die katholischen Parteien, Zentrum und Bayrische Volkspartei, stimmen dem Ermächtigungsgesetz zu, welches die Befugnis zur Gesetzgebung an Hitler übertrug. Anfang Juli 1933 lösen sich die beiden Parteien auf. 14 Tage später schloß Hitler und der Vatikan das Reichskonkordat. Manche bezeichnen dies als Tauschhandel. Der Vertrag brachte der neuen Regierung auch Anerkennung im Ausland. In ihm verpflichtete sich die katholische Kirche zu einer Entpolitisierung und bekam dafür die Zusage in ihrem religiösen Kernbereich, der Seelsorge, weiter wirken zu können. Die Klagen der Bischöfe begannen dann, wenn sie auch ihr rein religiöses, unpolitisches Wirken bedroht sahen. Dies war auch das Hauptanliegen der Enzyklika „Mit brennender Sorge". Dann wurde stets auf Einhaltung der im Vertrag zugesicherten Rechte gepocht, und meist sogleich bekräftigt, daß man auf jeden Fall zu den gegebenen Verpflichtungen zu stehen wird. Das hieß zu schweigen zu „Arierparagraph", „Euthanasie", „Rassenpflege". Proteste gegen sowas, mußten einzelne allein tragen. Die Kirchenleitung stand nicht hinter ihnen.



Katholische Geistliche mit NS-Prominenz (!) und Mitläufern - allesamt Christen - bei einer Feier anläßlich der Rückgewinnung des Saargebietes im Januar 1935.

## Kritiker aus eigenen Reihen unterdrückt

So fragte Pfarrer von Jan in Oberlenningen, während seiner Predigt am Bußtag 1938, mit ausdrücklichem Bezug auf die Ereignisse der Reichspogromnacht,

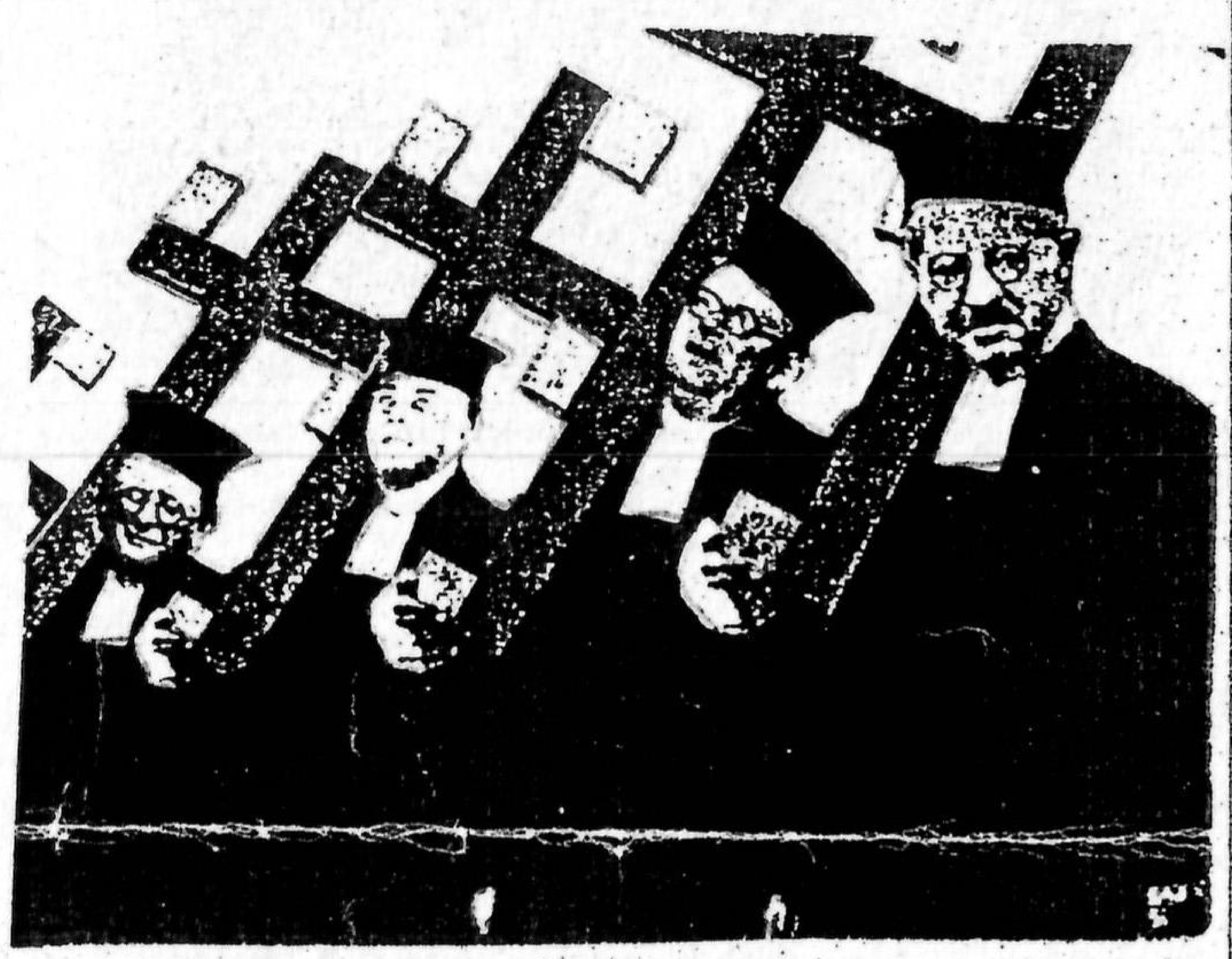
> wo denn der Prophet in Deutschland sei, „ der im Namen Gottes und der Gerechtigkeit ruft: 'Haltet Recht und Gerechtigkeit, errettet den Beraubten von des Frevlers Hand! Schindet nicht die Fremdlinge, Waisen und Witwen und tut niemand Gewalt und vergießt nicht unschuldig Blut!' Unschuldige", so fuhr der Prediger fort, „wurden ins KZ geworfen, bloß weil sie einer andern Rasse angehörten." Diese mutigen Worte brachten Pfarrer von Jan neben einer längeren Gefängnishaft auch noch eine Strafversetzung durch seine Kirche ein.

Die Kirchenleitung mochte sich zu der Predigt nicht öffentlich bekennen. In einem Erlaß an die Dekanate rügte man in Stuttgart alles, „was einer unzulässigen Kritik an korrekten politischen Vorgängen gleichkommt". Bei der Stellung, die die Kirche heute im Staats- und Volksleben einnimmt, „Habe jeder Verkündiger des Evangeliums einen strengen Maßstab an seine Verkündigung anzulegen und eine ernste Selbstprüfung vor Gott anzustellen," ob „seine Ausführungen und Gebete einen wirklich seelsorgerischen und nicht etwa demonstrativen Charakter haben, ob sie in der Tat Anwesende und nicht vielmehr Außenstehende im Auge haben, ob sie eine Darbietung des Evangeliums, wonach auch heute die Gemeinde verlangt, und nicht eine Kritik an allerlei Vorkommnissen und Zuständen zum Ziel haben" (vgl. Erlaß der Kirchenleitung an die Dekanatsämter als Reaktion auf die Predigt des Pfarrers Julius Jan, 6.12.1938).
Wie angesichts solcher Fakten Clara und Leon (die diese ja schon kennen müssen) immer noch behaupten können,

daß „der Versuch, einen solchen Lebensbereich wie die katholische Kirche dem Anspruch auf Gleichschaltung zu entziehen, dem totalitären Machtwillen Grenzen setzte" und daher von Widerstand gesprochen werden könne, wir verstehen es nicht.
Wenn es um deutliche Worte ging, setzten sich immer wieder die konfliktscheuen Leute durch. So sprach sich Bischof Buchberger von Regensburg gegen einen von der Kanzel zu verlesenden Hirtenbrief über die Zwangssterilisationen folgendermaßen aus:

> „Wir kämpfen um Bestand und Leben unserer heiligen Kirche und sollten wohl weniger Bedeutendes vorläufig nicht in den Vordergrund rücken . . ."

Abgesehen vom Schweigen, viele Bischöfe und Christen hatten sich den Ideologien der Nationalsozialisten angenähert. Für diesen Teil war alles richtig was die Nazis machten.



**Schuldverschiebung nach 1945**

In einem gemeinsamen Hirtenbrief wandten sich die Bischöfe im August 1945 an alle Katholiken. Darin wird zwar eine Schuld „vieler Deutscher, auch aus unseren Reihen" bekannt, ein Versagen der Institution Kirche und ihrer Führungskräfte wird aber nicht gesehen. Nicht ein einziger Bischof trat etwa aufgrund einer etwas braunen Vergangenheit zurück. Sie blieben alle auf ihren Posten, ganz so, als hätte sich auch nicht einer von ihnen mit ängstlichem Schweigen und opportunistischem Taktieren kompromittiert oder diskreditiert.
Lange Zeit hielt sich ein „Mythos von einem gradlinigen katholischen Widerstand gegen das NS-Regime".
Ungewöhnlich großes Aufsehen erregte der Rechtshistoriker Böckenförde 1961 mit seinem Urteil über die Kirchenpolitik der Bischöfe im Entscheidungsjahr 1933: „Die deutschen Katholiken haben für ihr politisches Verhalten von ihren Bischöfen mit hirtenamtlicher Autorität Ratschläge und Anweisungen empfangen, die sie besser nicht befolgt hätten." (Böckenförde, E. W.: Kirchlicher Auftrag und politische Entscheidung, 1973).
Öffentliche Erklärungen der katholischen Kirche zu ihrem Verhalten im 3. Reich, gab es erst wieder im Januar 1979 nach der Fernsehserie „Holocaust", am 27. August 1979 anläßlich des 40. Jahrestages des Ausbruchs des 2. Weltkrieges und am 24. Januar 1983 anläßlich des 50. Jahrestages der sogenannten Machtergreifung. Nie wird aber ein Schuldbekenntnis der Kirche als Institution samt ihrer damaligen Führung erwogen, sondern es heißt „Wir wissen, daß es auch in der Kirche Schuld gegeben hat" oder „Viele Glieder der Kirche ließen sich in Unrecht und Gewalttätigkeit verstricken". Denzler und Fabricius (Christen und Nationalsozialisten, 1993, S. 225) werten diese Äußerungen folgendermaßen: „Für Fehler in der Kirche werden die 'Gläubigen' verantwortlich gemacht, die Verdienste der Kirche dagegen sind dem Konto der Hierarchie gutzuschreiben." Bereits 1979 richteten kritische Christen vom Bernsberger Kreis eine Äußerung an die Kirchenautorität, in der es hieß, daß „diejenigen, die den Weg des Widerstandes gegangen sind, dieses Wagnis meistens allein und in der Regel ohne Rückendeckung - oft genug auch gegen den erklärten Willen der kirchlichen Institution - auf sich genommen haben." Deswegen dürften jene Männer und Frauen „heute von der Obrigkeit nicht in Anspruch genommen werden, um den entschuldigenden Nachweis zu liefern, daß 'die Kirche' dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet habe."
Erst im Januar 1995 räumt die katholische Deutsche Bischofskonferenz anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz eine Mitschuld am Holocaust ein.
Auf dem Plakat zur Ausstellung im Roten Rathaus „Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus - Märtyrer und Zeugen aus Mitteldeutschland" wird Max Pribilla zitiert:

> „Wäre das Christentum in Deutschland und im ganzen Abendland lebendiger gewesen, dann hätte es nie ein Drittes Reich mit all seinen Verfallserscheinungen gegeben . . . Gleichwohl bleibt es wohl, daß das gläubige Christentum die einzige geistige Macht war, über die der Nationalsozialismus nicht Herr geworden ist, und die - freilich mit vielen Wunden - noch aufrecht stand, als er zusammenbrach."

So klingt das Zitat nach zumindest teilweiser Anerkennung der Leistungen der Kirche gegen den NS. Die ursprüngliche kritische Haltung Pribillas zur Rolle der christlichen Kirchen im NS-Staat erschließt sich wieder, wenn für die Auslassungspunkte der Originalsatz wieder eingefügt wird:

> „Es ist auch Tatsache, daß der Protest der christlichen Kirchen gegen den Nationalsozialismus nach Inhalt und Form nicht so klar und scharf gewesen ist, wie wir es als Christen angesichts der ungeheuren Verbrechen in nachträglicher Rückschau wünschen möchten."

Es ist zu befürchten, daß auf diese Weise der „Mythos von einem gradlinigen katholischen Widerstand gegen das NS-Regime" wieder auferstehen soll. Die Fehler der Kirchen werden nur am Rande erwähnt und den „kleinen" Priestern und Laien zugeordnet. Die kritischen Stimmen innerhalb der Kirche sind zur Zeit verstummt. Ein Grund ist, daß die Abstrafung durch die Kirchenhierarchie die bedroht, die bei der Kirche arbeiten: „Den Papst erreicht man mit solchen Protesten sowieso nicht", heißt es, „dafür kann man sich dadurch mit der Berliner Bistumsbürokratie jede Menge Ärger einhandeln." (taz, 25. 5. 96, S. 27)



**Papst und Kohl am Brandenburger Tor**

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Faschismus haben wir uns zum Schwerpunkt gewählt, weil auch der Papstbesuch mittels der Seligsprechungen im Olympiastadion diesen Schwerpunkt setzt. Es ist allerdings nicht der einzige Ansatzpunkt unserer Kritik. Ein weiterer geplanter Höhepunkt des Papstbesuches ist der gemeinsame Auftritt mit Helmut Kohl abends am Brandenburger Tor. Auch wenn die Ansprache offiziell an die Bevölkerung Berlins gerichtet ist, ist doch offensichtlich, daß hier ein Zeichen für den gesamten osteuropäischen Raum gesetzt werden soll. Nach dem Scheitern des „Bolschewismus" befindet sich die Gesellschaft hier in einem ideologischen Wandel. Die Kirche ist bemüht, so stark wie möglich an diesem Wandel teilzuhaben, ihre Position in den sich umformierenden Staaten so mächtig wie möglich auszubauen, und sich in den Köpfen der Menschen als einzige Alternative zu einem „hemmungslosen Kapitalismus" zu verankern. Der polnische Papst Johannes Paul II ist als Träger immenser Sympathie in Osteuropa, besonders in Polen, denkbar gut geeignet um dieser Botschaft Ausdruck zu verleihen. In diesem Zusammenhang müssen auch seine Besuche u.a. in Slowenien im Mai und in Ungarn direkt vor dem Deutschlandbesuch gesehen werden. Die Aussage der symbolüberladenen Szenerie, Papst und Kohl sprechen kurz nach der Wiedervereinigung (in päpstlichen Zeitdimensionen gerechnet) vor dem Brandenburger Tor in Richtung des „befreiten" Ostens zu den jubelnden Menschen, die soviel leiden mußten, läßt sich am besten zusammenfassen in dem Satz von Johannes Paul II vom Februar 1990:

**„Es ist Gott, der im Osten gesiegt hat."**

Wenn der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz in diesem Zusammenhang sagt, er erhoffe sich „neue Impulse für das religiöse Leben", so sollten wir ihm auf dieser Veranstaltung einen Impuls bieten, den weder er noch der Papst so schnell vergessen werden.

**die persönliche Note von Johannes Paul II.**

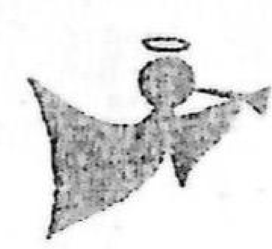
Ein weiterer Ansatzpunkt der Kritik ist die Auseinandersetzung mit der persönlichen Rolle dieses Papstes. Bei seiner Wahl 1978 war er der erste nicht-italienische Papst seit fast 500 Jahren und zudem mit damals 58 Jahren ein sehr junger Papst. Es wurden daher große Hoffnungen in seine Reformwilligkeit gesetzt. Im Verlauf seines Pontifikats (Amtszeit, von Wahl bis Tod) stellte sich allerdings heraus, daß er selbst für päpstliche Verhältnisse eine extrem reaktionäre Politik betrieb. Er ist persönlich verantwortlich für das Zurückdrängen aller Liberalisierungsansätze, die vor allem unter Johannes XXIII und im Zweiten Vatikanischen Konzil angelegt waren. Kircheninterne Diskussionen zur Gleichstellung der Frau, zum Zölibat und zur Demokratisierung der Kirche haben unter diesem Papst keinerlei Aussichten auf Erfolg.
Auch das hartnäckige Beharren der katholischen Kirche auf ihren hinlänglich bekannten Positionen in Fragen der Sexualmoral, der Empfängnisverhütung und zum Schwangerschaftsabbruch sind ihm persönlich anzulasten. Das Zurückdrängen der Befreiungstheologie vor allem in Lateinamerika, wo der Katholizismus von alters her eine besondere Rolle gespielt hat, ist ebenfalls Ausdruck seiner konsequenten Roll-back-Politik.
Johannes Paul II ist u.a. durch Einflußnahme des **Opus Dei** auf seine Position gelangt und fördert und unterstützt diese reaktionäre Eliteorganisation deshalb nach Kräften. So sprach er 1992 José Maria Escriva de Balaguer, den Opus Dei Gründer, schon 17 Jahre nach dessen Tod selig, entgegen der sonst üblichen 50-Jahres Frist. Zu Inhalten und Struktur dieser Organisation verweisen wir auf den Artikel „Opus Dei: die heilige Mafia" in der Interim Nr. 377.

**Fazit**

Es gibt **tausend gute Gründe** sich kritisch mit dem Papstbesuch, diesem Papst, der katholischen Kirche, dem Christentum, der Religiosität auseinanderzusetzen. Eineinhalb Wochen vor dem Besuchstermin rufen wir nochmals alle denkenden Menschen auf, sich klarzumachen welche Schwierigkeiten sie mit dem Papst haben und sich zu überlegen, wie sie sich aktiv zum Papstbesuch verhalten werden.

Wer bei uns mitmachen will, Material von uns haben will, oder was auch immer, erreicht uns über:

**AK_Papstbesuch,** c/o Umweltbibliothek
Schliemannstr. 22, 10437 B-Prenzlauer Berg
[redacted]



DEMONSTRATION 23.6.1996, Winterfeldtplatz/ hinter der Kath. Pfarrkirche St.Matthias.

# Alles wird gut.

DER PAPST KOMMT- DIE VORBEREITUNGEN LAUFEN!

Es gibt einen Bühnen-LKW mit Anlage, der auch während der Prozession mitfährt, eine Route, Aufrufe, Plakate, T-Shirts, Spuckis usw. Es gibt schon mehrere Gruppen, die auf dem LKW Programm machen - aber da fehlen auch noch viele. Es haben sich schon Nonnen und Mönche der verschiedensten Orden, TeufelInnen, büßende und nichtbüßende SünderInnen, mehrere Tausend Päpste und Päpstinnen zu Fuß und einige in PäpstInmobilen angekündigt. Aber wo sind die Heilsarmeen? Auch die Jungfrauen Maria sind unseres Wissens noch unterrepräsentiert, erst recht die Gekreuzigten und die Auferstandenen!

Wenn Ihr Euch beteiligen wollt: Die INFO - HOTLINE ist jeden DONNERSTAG von 17.00 bis 19.00 uhr zu erreichen: Tel. 611 60 89 Fax 618 93 66

Die Vorbereitungstreffen könnt Ihr dem Terminteil entnehmen.

T-Shirts und Spuckis bekommt Ihr über den AK Papstbesuch c/o Umweltbibliothek Schliemannstr. 22, 10 437 Berlin, Tel 44 65 09 10 donnerstags ab 20.00 Uhr

## Viele Fäuste für ein Halleluja !

DEMONSTRATION 23.6.1996, Winterfeldtplatz/ hinter der Kath. Pfarrkirche St.Matthias.

BEGINN 14.00 Uhr

# Die 7 Grossen gipfeln in Lyon




Foto aus 'No pasaran', Nr. 37

***Ende Juni treffen sich in Lyon die Staatschefs der einflussreichsten sieben Industriestaaten (USA, Grossbritannien, BRD, Frankreich, Italien, Japan und Kanada). Während dieser Zeit wird Lyon sich in einen riesigen Hochsicherheitstrakt verwandeln, mit Tausenden von Bullen an jeder Ecke.***

Die G7-Staatschefs werden über das Problem der Arbeitsplatzpolitik diskutieren. Privatisierung, Abbau der öffentlichen Betriebe, Deregulierung, lean Production, etc. und wie all die Zauberworte des Neoliberalismus noch heissen, werden bei dieser Diskussion kaum in Frage gestellt. Vielmehr werden Strategien diskutiert, wie die davon betroffenen Bevölkerungsschichten voneinander isoliert bleiben können, damit keine ernsthafte Opposition entstehen kann. In ganz Lyon gilt denn auch ein Demonstrationsverbot während der ganzen Dauer des Kongresses.

Die verschiedenen linken und gewerkschaftlichen Gruppierungen, welche zu einer Demo und einem Gegengipfel unter dem Motto «Les autres Voix de la Planète» aufrufen, sahen sich deshalb genötigt, dies schon eine Woche vor dem G7-Treffen durchzuführen. Vom 21. -23. Juni trifft sich nun die gesamte Linke von Frankreich in Lyon. Auch die bis vor kurzem regierenden Sozialisten beteiligen sich an der Mobilisierung gegen das G7-Treffen. Dies hat natürlich zu einer grossen Kontroverse unter den radikaleren Gruppierungen geführt. Dass die Sozialisten kein Interesse an einer wirklichen Veränderung der Verhältnisse haben, haben sie während 14 Jahren unter Beweis gestellt. Trotzdem, wer ein Interesse an den Diskussionen der Linken in Frankreich hat und nach Strategien sucht, gegen den Neoliberalismus anzukämpfen, sollte nach Lyon fahren.



## Der Gegengipfel vom 21. - 23. Juni in Lyon

dieses Organigramm muss noch vervollständigt und präzisiert werden.

FREITAG 21.6.

19 - 20 Uhr: Eröffnungsplenum - Pressekonferenz - Fest mit Musik

| | Forums Ateliers Autres Voix de la Planète | Forums: Ateliers Autres Voix de la Planète | Forums: Ateliers Autres Voix de la Planète | Forums centraux d'associations | Lieux Video - Expositions Anglais - Divers |
|---|---|---|---|---|---|
| SAMSTAG 22.6. | | | | | |
| 10 Uhr bis 12:30 Uhr | Deregulierung, öffentliche Dienste im Norden und Süden, Recht auf Gesundheit, auf Ausbildung... | Kriege, Abrüstung, Abschaffung der Atomwaffen | Jugendliche gegen G7 | Neue internationale Solidarität? Debatte vorbereitet von CADTM aus Belgien und anderen. | Ausstellung Schuldenfrage Lateinamerika - Frankreich |
| 15-18 Uhr | INTERNATIONALE DEMONSTRATION | | | | |
| 20 Uhr bis 22:30 Uhr | Ein G7 Treffen über die Artbeit Das Recht auf Arbeit wird in Frage gestellt. | Soziale und politische Folgen des Schuldensystems Annulierung oder Abschaffung? | Frauensolidarität zwischen Nord und Süd, Freie Wahl, Gesundheit, Ausbildung, Demokratie | Rassismus, Immigration, Entwicklung: mit der Beteiligung von antirassistischen Organisationen. | Videos |
| SONNTAG 23.6. | | | | | |
| 10 Uhr bis 13 Uhr | Umsiedlung, Lohnkonkurrenz, der soziale Friede in Frage gestellt. | Gemeinsamkeiten der feministischen, ökologischen und gewerkschaftlichen Kämpfe. | Verschuldung, internationales Währungssystem, welche Widersprüche, welche Kontrolle | Globalisierung aus der Sicht vom Trikont Strukturwandel in Afrika | |
| 14:30-16:30 | ABSCHLUSSPLENUM | | | | |

# 0,7% für die Ausgeschlossenen?

## Das Ende des Kongresses

... wurde zelebriert mit einem über dreistündigen, zusammenhanglosen Verlesen von AG-Berichten und Resolutionen, nur unterbrochen durch zwei musikalische Beiträge und eine Performance. So endete heute in Berlin der Versuch, eine neue radikale Gegenbewegung gegen die neoliberale Weltordnung (in der brd) zu initiieren.

## Das Ende des Internationalismus

markierte eine Delegierter, der die "Kampagne" *"0,7% für die Ausgeschlossenen"* präsentierte, die das Problem der internationalen Ausbeutungsverhältnisse mit der Forderung nach der Einhaltung der UN-Empfehlung beantwortete, daß die Industrieländer 0,7% ihres BSP für "Entwicklungshilfe" aufwenden sollen.

## Das Ende des Atheismus

wird markiert durch den pseudoreligiösen Abschluß besagter Performance, bei der die TeilnehmerInnen in der ersten Reihe aufstanden und sich freiwillig einer seltsamen Beweihräucherung (im Wortsinn) unterzogen.

## Das Ende der Linken

Die Sinnlichkeit, die in Kritik und Widerstand liegt, wurde an diesem Vormittag aufgegeben für ein albernes esoterisches Ritual. Der mexikanische Künstler, der vorher noch drastisch und mitreissend die Befreiung des Menschen symbolisiert hatte, zog mit einem Weihrauchkelch durchs Auditorium, verfolgt vom aufgeregten Hausmeister, der Angst um seinen Parkettboden hatte.

## Das Ende der Autonomie

... läßt sich getrost auch an dieser Szene festmachen: Dieser einzige Regelverstoß weit und breit endete ohne Tumult... Oder auch an der Tatsache, daß sich diese Veranstaltung in weiten Strecken um keinen Deut von sinnentleerten internationalen Jugendkongressen unterschied, abgesehen davon, daß letztere aus EG-Mitteln finanziert werden.

## Das Ende des Feminismus

(und hoffentlich der ganzen "Identitätenpolitik") trat ein, als eine Frauen-AG statt irgendwelcher Ergebnisse, die nennenswerter gewesen wären, als der Rest der runtergeratterten Beiträge, sich selbst auf der Bühne präsentierte.

## Das Ende des Anarchismus

... war erreicht, als ein anarchistisch sich verstehender, kopflos gewordener Kader einen Teilnehmer vom Mikrofon verdrängte, der es gewagt hatte, in Richtung Publikum zu sagen: "Ich habe eine Frage..." Aber wenn's denn geholfen haben sollte, die Karikatur einer einstmals wichtigen linken Strömung zu Grabe zu tragen, ok.

Es bedurfte an diesem Tag eines Gewitters nebst Wolkenbruch, um die tief sitzende Angst vor der eigenen Courage zu lösen. Der Kongreß monologisierte, die Demo tanzte.

***Es reicht.***

## p.s.

*Dieser Kommentar entstand am Sonntag Nachmittag unter dem Eindruck eines Kontrastes, einer Spannung, einer geladenen Atmosphäre, die unhörbar schreiender nicht mehr hätte sein können. Die um den Kongreß entstandene Intensität, die Neugierde, die Lust auf Widerspruch und Neues versiegte am Sonntag Morgen so abrupt wie der Dampf aus einem Drucktopf, dessen Ventil plötzlich zugeschnappt. Er richtet sich gegen niemand, schon gar nicht gegen die OrganisatorInnen, denen ihre hervorragende Arbeit in den letzten Stunden etwas über den Kopf wuchs. Er ist ein Dokument der Enttäuschung darüber, daß an diesem Sonntag die flirrende Stimmung des Kongresses in ein fast angstvolles Festhalten, eine unerklärliche Vermeidung jeglicher Diskussion kollabierte. Er ist ein Dokument des Erschreckens darüber, daß die in der Gesellschaft aufsteigende angstvolle Nervosität in den Köpfen von Herrschenden und Beherrschten sich an diesem Vormittag auf einen Kongreß legte, der ebensogut mit einem explosiven, leidenschaftlichen* ***"ES REICHT!"*** *und entsprechend unabsehbaren Folgen hätte enden können.*

*Er ist daher zu lesen als solidarische Provokation, die nur eines erreichen will: Daß der Kongreß trotzdem noch zum Anfang von etwas Neuem wird: Jede politische Weiterentwicklung vollzieht sich durch diskursives Zuspitzen und produktives Aufbrechen alter Gewissheiten, Etiketten und Zentralbegriffe. Und da gibt es bald nicht mehr viel, was nicht mal herzhaft durchgepustet gehörte.*

*Die meterologische Gewitterstimmung dieses Tages hat sich bekanntlich noch entladen und der befreiende Tanz im Regen war ja wohl auch ganz nett - die politische Gewitterstimmung aber dauert fort.*

*In diesem Sinne: All hell should break loose now - schöne Grüße vom Blitzableiter...*




Die radikale Kritik am modernen Kapitalismus findet nicht mehr statt

## INFORMATIONEN DER SELBSTHILFEGRUPPE ANONYME AUSSAGEUNWILLIGE ZU DEN VORLADUNGEN AM 25.4.96 IN BERLIN

Es hat an diesem Tag in Berlin insgesamt 7 ZeugInnenvorladungen im Rahmen des K.O:M:I:T:E:E:-Verfahren gegeben. 4 davon wurden zur extra angereisten Generalbundesanwaltschaft (GBA) vorgeladen. 3 weiteren wurde kurzfristig eine Ladung vom LKA Berlin zugeschickt, auf der sich ein Vermerk befand "auf Weisung der GBA".
Dieser Vermerk "Weisung der GBA" wurde in die normalen Bullenvorladungen eingefügt, so daß beim ersten Betrachten der Eindruck entstand, daß es sich hierbei auch um eine staatsanwaltschaftliche Vorladung handelt. Dem ist aber nicht so! Während Bullenvorladungen bekanntermaßen einfach ignoriert werden können, ist das Erscheinen bei einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung Pflicht.
-Wollten sie uns leimen die Schlingel, ist ihnen leider auch kurzfristig gelungen--
Über die Kurzfristigkeit der Vorladungen empört, sagten die Betroffenen telefonisch ab und beschwerten sich über dieses Vorgehen. Dabei bekamen sie folgendes zu hören: "Die Staatsanwaltschaft hätte kurzfristig Termine freigehabt und wollte diese halt noch nutzen."

Nun zu den Vorladungen der GBA:

*Eine Person hat wegen Urlaub abgesagt.
Zwei weitere Personen sind in Begleitung von AnwältInnen hingegangen und bezogen sich auf § 55 mit unterschiedlicher Begründung .
* Eine betroffene Person ließ durch ihren Anwalt ausführlich darlegen, daß aus den bisherigen Ermittlungsmaßnahmen gegen die Person selbst ,sich der Verdacht aufdrängt, daß sie bei den Behörden als beschuldigte Person geführt wird.
Daher der Bezug auf § 55.
* Die andere betroffene Person bezog sich , auf Anraten ihres Rechtsanwaltes, vorsorglich auf den § 55 ohne diesen speziell auf ihre eigene Person zu begründen. Die Bezugnahme begründete sich damit, daß in einem § 129-Verfahren auch gegen das Umfeld der Beschuldigten ermittelt wird -was der vernehmende Staatsanwalt auch bejahte - und sie dadurch nicht weiß durch welche Aussagen sie sich eventuell selbst belasten könnte.

Die vernehmende Bundesanwaltschaft will nun prüfen, ob § 55 in diesen Fällen anzuerkennen ist, kündigte aber vorsorglich an, daß sie sich die Verhängung von Ordnungsgeld oder anderen Zwangsmitteln vorbehält. Während der Gespräche wurde mehrfach mit Ordnungsgeld gedroht, bis heute ist uns jedoch keine Entscheidung von Seiten der GBA bekannt.

*Leider haben wir erst später erfahren, daß eine vierte Person (auf Anraten des Anwaltes ) alleine zur Vorladung gegangen ist. Diese Person hat sich der Befragungssituation gestellt .
Sie wurde konkret gefragt, ob sie Bad Freienwalde, Grünau und das K:O:M:I:T:E:E: kenne, was jeweils verneint wurde.
Daraufhin wurde die Person von dem vernehmenden Staatsanwalt damit konfrontiert, daß es angeblich Zeugen gäbe, die sie mit den Beschuldigten zusammen gesehen hätten. Die Befragung endet hier, der Person wird mitgeteilt, daß gleich eine Gegenüberstellung stattfinden soll und wird erstmal für 15 Minuten auf den Flur geschickt.
Anschließend wird sie wieder reingeholt und mit den Worten: "Das war's...und wie sieht's mit Kostenentschädigung aus..." entlassen. Eine Gegenüberstellung fand nicht statt.

Soweit die trockenen Fakten.

Als SchreiberInnen können wir es uns nicht verkneifen wenigstens einige Anmerkungen dazu zu machen.

*Wir würden keinem und keiner raten ohne Anwalt oder Anwältin zu einer staatsanwaltlschaftichen Vorladung zu gehen. Im Gegenteil wir raten dringend dazu. Jahrelang gibt es in § 129-Verfahren immer wieder die Erfahrung mit den Bütteln, daß sie ganz schnell versuchen aus ZeugInnen Beschuldigte zu machen, alleine daher ist es sinnvoll sich solch einer Situation nicht alleine auszusetzen.
*Unsere Diskussion über die Benutzung des § 55 ist nicht abgeschlossen, wir stellen nur fest, daß es offensichtlich für einzelne immer wieder ein Hoffnungsschimmer ist, dadurch nicht aussagen zu müssen und eventuelle Zwangsmittel zu reduzieren. Die oben beschriebene Unterscheidung in individuelle und allgemeine Begründung können wir schwer einschätzen, weil das Glatteis des juristischen Ebene nicht unser Terrain ist.

*Es gibt verschiedene Varianten, das Ziel zu erreichen, daß keine und keiner Aussagen macht!
*Wir versuchen uns gegenseitig darin zu unterstützen, jede und jeder es schaffen kann diesen Weg durchzustehen. Dafür können wir immer wieder neu diskutieren und aus unseren Erfahrungen lernen.

SOLIDARITÄT IST UNSERE STÄRKE!
KEINE AUSSAGEN BEI BULLEN UND STAATSANWALTSCHAFT !

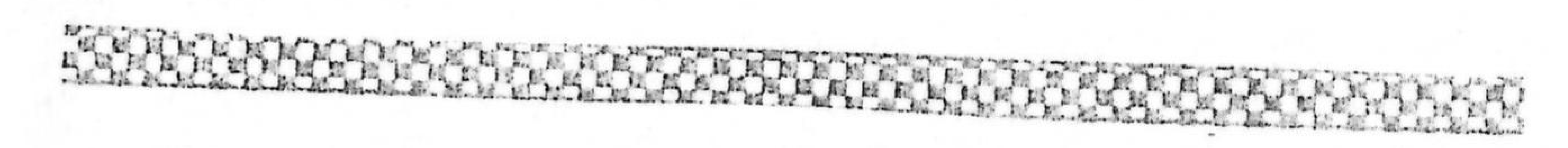
# YA BASTA!

## Es reicht noch lange nicht.

Die Demo- ,Sicherheits- ,und Antirepressionsgruppe möchte sich bei den in Berlin und Umland wohnenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 1.Europäischen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus und der YA BASTA ! ES REICHT ! -Demonstration noch einmal bedanken. Während des Treffens wurden BesucherInnen aus dem Ausland von hier wohnenden Menschen über den politischen Alltag mit der Berliner Polizei informiert. Die Umsetzung dieser von uns vorgeschlagenen Vorgehensweise, die verantwortungsvolle Praxis der in der BRD wohnenden TeilnehmerInnen und die Informationsarbeit des EA verhinderte Festnahmen, insbesondere von Menschen ohne ständigen Wohnsitz in der BRD. Diese hätten nicht einmal die Möglichkeit der Haftverschonung und würden bis zum evtl. Prozeß in Untersuchungshaft bleiben.
Das politische Fazit der YA BASTA ! ES REICHT ! -Demonstration:
Es ist uns gelungen, die Personenkontrollen der Polizei weitgehend zu umgehen, wir stellten die Demonstration einfach zügig außerhalb der Kontrollen zusammen. Die Bullen konnten höchstens bei einem Zehntel der DemonstrantInnen an Leib und Sachen herumtatschen.
Die ca. Tausend TeilnehmerInnen blieben trotz strömenden Regens bis zum Schluß auf der Demonstration. Gegenüber der Polizei konnte ein Minimalaufgebot von fünf sichtbaren Wannen ( drei vorn ; zwei hinten ) durchgesetzt werden.
Die Polizei bestand auf den Objektschutz vorm Lafayette, allerdings mit dem interessannten Hinweis darauf ,daß es sich bei den Schaufensterscheiben um ,normales' Fensterglas handeln soll. Weiterhin wurden die Zufahrtsstraße zur US-Amerikanischen Botschaft und zum von NATO-Repräsentanten verseuchten Roten Rathaus massiv abgesperrt. Aufgrund der Gewitterlage zog die Demonstration mit Blitz und Donner auf dem Alexanderplatz ein. Ungefähr dreihundert DemonstrantInnen ließen es sich nicht nehmen, nach Beendigung der Demonstration noch fünfzehn Minuten nach Salsaklängen um die Weltzeituhr einen gesamteuropäischen Regentanz zu entwickeln. Während der Demonstration gab es unseren Wissens eine Festnahme.
Besonderen Dank an die Leute vom Lautischutz ,an die AktivistInnen der ersten und letzten Reihen, an die MelderInnen ,an den Anmelder und nicht zuletzt an die DemonstrantInnen aus den FrauenLesben AGs des Treffens, die auf Nachfrage den sensiblen Bereich vor dem Lautsprecherwagen gestalteten.

Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist auch der Kampf gegen die Legitimierung und die alltägliche Durchsetzung der polizeilichen Willkür.

ein Pressebeauftragter des Treffens



### Anmerkung zur Anti - Nato - Demo

Ich muß jetzt doch etwas zur Demo und zum Verhalten loswerden. Was ich positiv fand, ist das die Demo geschlossener und strukturierter war als die letzten Demos in Berlin, das hat mir auch eine gewisse Sicherheit wiedergegeben. Ich fand das die Demo insgesamt recht lautstark war und das viele Leute unsere Inhalte mitbekommen haben trotz dieser ganzen Bullenpräsents. Und es war auch eine richtige Entscheidung von der Demoleitung die Demo zu dem Zeitpunkt aufzulösen.
Eine immer wieder gute Idee finde ich, die Alternativ - Treffpunkte, aber ich denke, daß wir mit den Info's zu schlecht umgehen, da ich viele Zettel, auch von den organisierten Ketten, auf der Straße liegen sehen hab, damit ist denke ich der Zweck dieser Art der Informationsweitergabe verlorengegangen. Es währe denke ich besser, entweder auf diesen Zetteln einen kurzen Hinweiß zum Umgang mir Ihnen dazuschreiben z.B. zerreißen, aufessen, weitergeben oder die Info's einfach mündlich durch die Ketten weitergeben.
Zum Schluß noch, ich fand es schade, daß nicht mehr Leute dem Zettel gleich gefolgt sind, da zu Anfang nur einige Verkehrspolizisten das Bankett geschützt haben. Also

unsere Strukturen sichern.

Ein Teilnehmer

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe unterstützt die

## GÖTTINGER RESOLUTION

**zur Unterstützung der 17 Angeklagten im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)**

Ab dem 14. August 1996 soll gegen 17 Antifaschistinnen und Antifaschisten vor der Staatsschutzkammer Lüneburg verhandelt werden. Ihnen wird vorgeworfen, eine „kriminelle Vereinigung" – die Autonome Antifa (M) aus Göttingen – gegründet zu haben bzw. Mitglieder in dieser zu sein (§129).

Ein Schwerpunkt der Politik der Autonomen Antifa (M) war und ist, in einem breiten Bündnis aus autonomen Gruppen, Gewerkschaften, Grünen, Bürgerinitiativen, studentischen Gruppen und Teilen der SPD Demonstrationen gegen Zentren des (Neo)Faschismus durchzuführen. Diese Initiativen hatten zur Folge, daß die neofaschistischen Aktivitäten in Südniedersachsen zurückgedrängt werden konnten. Die antifaschistischen Demonstrationen aus den Jahren 1990 bis 94 werden von der Generalstaatsanwaltschaft Celle als *„verbrecherische Straftaten einer kriminellen Vereinigung"* bezeichnet. Die Anklage stützt sich dabei auf angebliche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz.

Konzeptioneller Bestandteil dieser Demonstrationen war u.a. ein Schwarzer Block, dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich maskierten, um nicht den Observationen durch Polizei und Faschisten ausgesetzt zu sein. Diese Form des Selbstschutzes resultierte unmittelbar aus der einseitigen Eskalation der politischen Situation durch Polizei und Nazis Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre, die in Göttingen zu zwei Todesopfern führte: Conny Wessmann kam am 17. November 1989 bei einer Personalienfeststellung zu Tode, Alexander Selchow wurde Silvester 1990 von bekannten FAP-Anhängern erstochen.

Dem bevorstehenden Prozeß gingen 5jährige Staatsschutzermittlungen mit Observationen und Videoüberwachungen voraus. Desweiteren wurden allein in einem Zeitraum von 8 Monaten 13.929 Telefonate abgehört, 143 Personen auf ihre Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) überprüft und eine der größten Razzien gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Geschichte der BRD am 5./6. Juli 1994 durchgeführt.

Während die Anzahl der rechtsextrem motivierten Straftaten unverändert hoch ist, wird mit einem Millionenaufwand erfolgreich betriebene antifaschistische Politik verfolgt. Das Resultat dieser Repression lautet: 17 Angeklagte, 34 Anwältinnen und Anwälte und vorläufig 131 Gerichtstermine von August 1996 bis August 1997 dreimal wöchentlich in Lüneburg. Bereits jetzt ist erkennbar, daß allein der Verlauf des Prozesses mit seinem erheblichen Zeit- und Kostenaufwand einer Vorverurteilung gleichkommt. Mit den Bedingungen, die durch das Gericht gestellt wurden, ist der finanzielle Ruin der Angeklagten – unabhängig vom Prozeßausgang – bereits im Vorfeld festgelegt. Unter diesen Bedingungen ist eine Ausbildung, ein Studium oder geregelte Arbeit nicht mehr möglich.

Der Prozeß hat jedoch nicht nur einschneidende Folgen für die Angeklagten und die Autonome Antifa (M).

Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist in den letzten Jahren durch kontinuierliche Gesetzesverschärfungen und Änderungen der Polizeigesetze zunehmend ausgehöhlt worden. Insbesondere mit der Einführung der Vermummung als Straftatbestand im Jahre 1989 ist die Anwendung des §129 auf die Göttinger antifaschistische Gruppe erst möglich geworden.

Die Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner in der BRD, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu bringen. Sollte es zu einem Prozeß und einer Verurteilung kommen, werden die Möglichkeiten linker Gruppen und ihrer außerparlamentarischen Politik weiter erheblich eingeengt, da dieser Prozeß als Präzedenzfall langfristige Auswirkungen haben wird. Dies gilt es zu verhindern!

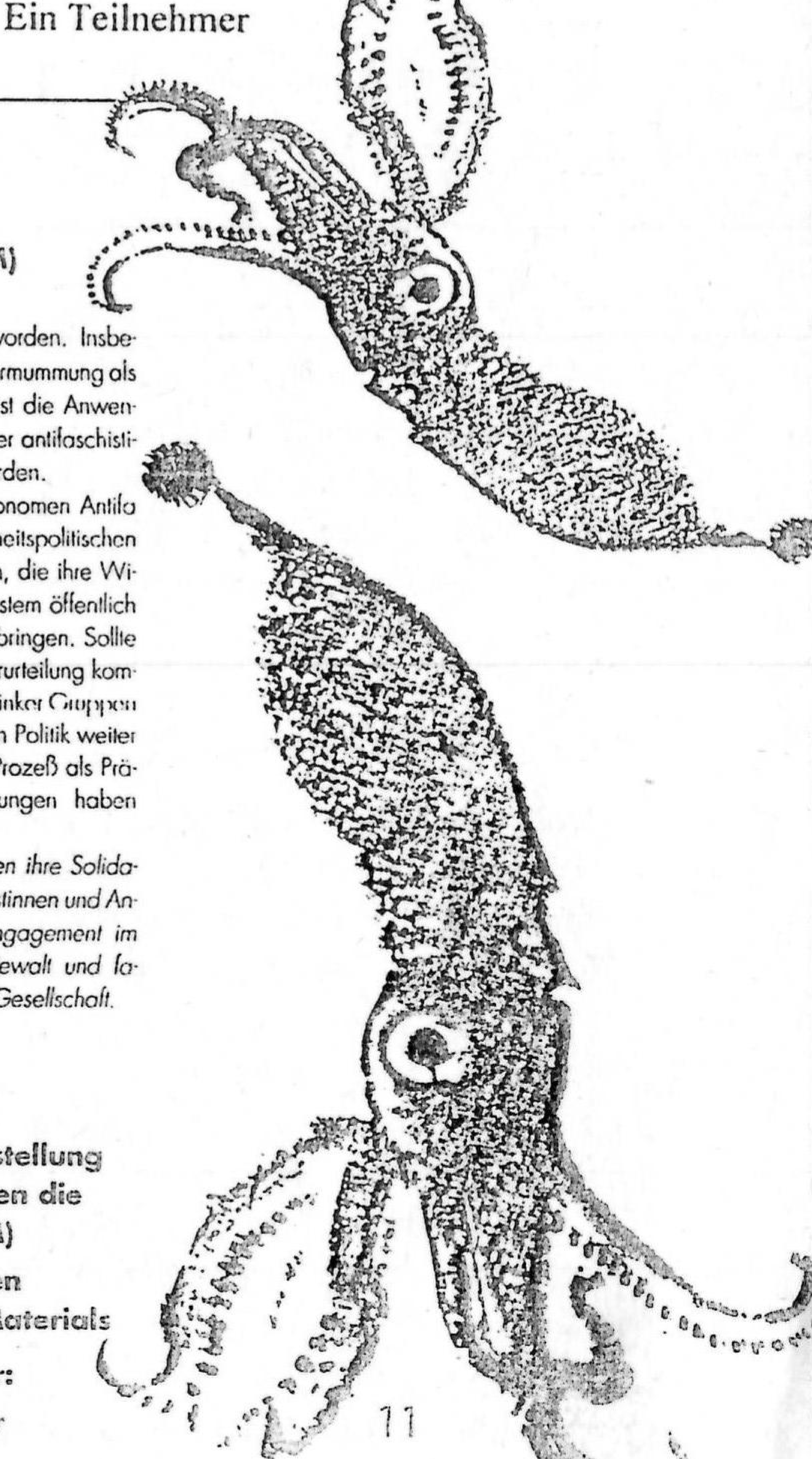
*Die Unterzeichnenden erklären ihre Solidarität mit den verfolgten Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie mit deren Engagement im Kampf gegen rechtsextreme Gewalt und faschistische Tendenzen in dieser Gesellschaft.*

**Wir fordern:**

- **die sofortige und bedingungslose Einstellung des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M)**
- **die Herausgabe allen beschlagnahmten Materials**

**außerdem fordern wir:**

- **die Abschaffung der §§ 129 / 129a**



# NACHBEREITUNG ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI




Den diesjährigen gemeinsamen Kampftag der radikalen Linken bewerten wir als Erfolg.15000 TeilnehmerInnen an der Rosa-Luxemburg-Demo, mindestens 3000 am O-Platz, Störaktionen bei Schulte: Die Linke bestimmte den Tag, zudem wurde die Option auf militante Gegenwehr aufrechterhalten. Das Ziel, den Tag als revolutionäres Datum zu erhalten bzw. wiederzubeleben, ist erreicht worden. Die Praxis hat gezeigt, daß trotz revolutionärer Bezugnahme und offensiver Mobilisierung ein relativ breites Bündnis zustande kam. Mit Redebeiträgen auf der Demo vertreten waren vom ASTA der FU und der LandesschülerInnenvertretung bis zu PKK-SympathisantInnen die verschiedensten Spektren. Was allerdings die darüber hinausgehenden Fragen betrifft, sind bereits unterschiedliche Interpretationen im Umlauf. Daher wollen wir als Gruppe,die an der 1.Mai-Vorbereitung beteiligt war, einige Sachverhalte klarstellen.

Marx und Maoritz, wehe euch,
Wär' dies euer letzter Streich!

## Spaltung der Demos

*Zusammen kämpfen oder untergehen!*
*(Parole des revolutionären 1.Mai 93)*

Daß es zwei Demos geben könnte, war von Anfang an klar, aber von uns nicht gewollt. Konzept war, daß auf einer großen gemeinsamen Demo mit Agitationsfreiheit alle linken Gruppierungen auf eigene Blöcke mobilisieren können - wer also zum politischen Inhalt erklärt, geschichtliche Abschnitte oder Strömungen der radikalen Linken der Gegenseite zuzurechnen, kann dies in seiner eigenen Mobilisierung tun und sich in einem eigenen Block deutlich abgrenzen, solange dies nicht der ganzen Demo aufgedrückt werden soll. Die grundlegenden Fragen der Linken ausgerechnet am ersten Mai klären zu wollen, führt automatisch zum Scheitern und zur Zersplitterung.

Der 1.Mai ist -historisch wie aktuell - weltweiter Kampftag der gesamten Linken. Speziell an diesem Tag geht es darum, gemeinsam auf die Straße zu gehen. Auf einer Demo in der BRD die ML-Gruppen auszugrenzen, wäre z.B. faktisch eine Entsolidarisierung gegenüber dem 1.Mai in Istanbul, wo die kommunistisch geprägte Demo von der türkischen Polizei unter Beschuß genommen wurde. Dies kommt für uns als InternationalistInnen nicht in Frage. Das Vorlegen eigener, vernünftiger Konzepte und Einfordern politischer Kriterien ist für uns ohnehin überzeugendere Politik als die kräftezehrende Abgrenzung. Im konkreten Fall war unsere Überlegung, daß man mit den RKs, die sich an die Mehrheitsbeschlüsse der Demovorbereitung halten und zum Rosa-Luxemburg-Platz kommen, solidarisch umgehen kann. Falls aber -wie von vielen vorhergesagt - die Rks knallhart "ihren" O-Platz verteidigen, machen wir was Eigenes. Und so kam es dann auch.

Alles in allem haben sich die RK's dieses Jahr korrekt verhalten. 3 Tage vor Demobeginn gingen sie allerdings dazu über, Plakate zum RL-Platz in Kreuzberg und Treptow flächendeckend überzuplakatieren. Einschränkend muß aber anerkannt werden, daß auch ihre Plakate teilweise überklebt wurden.



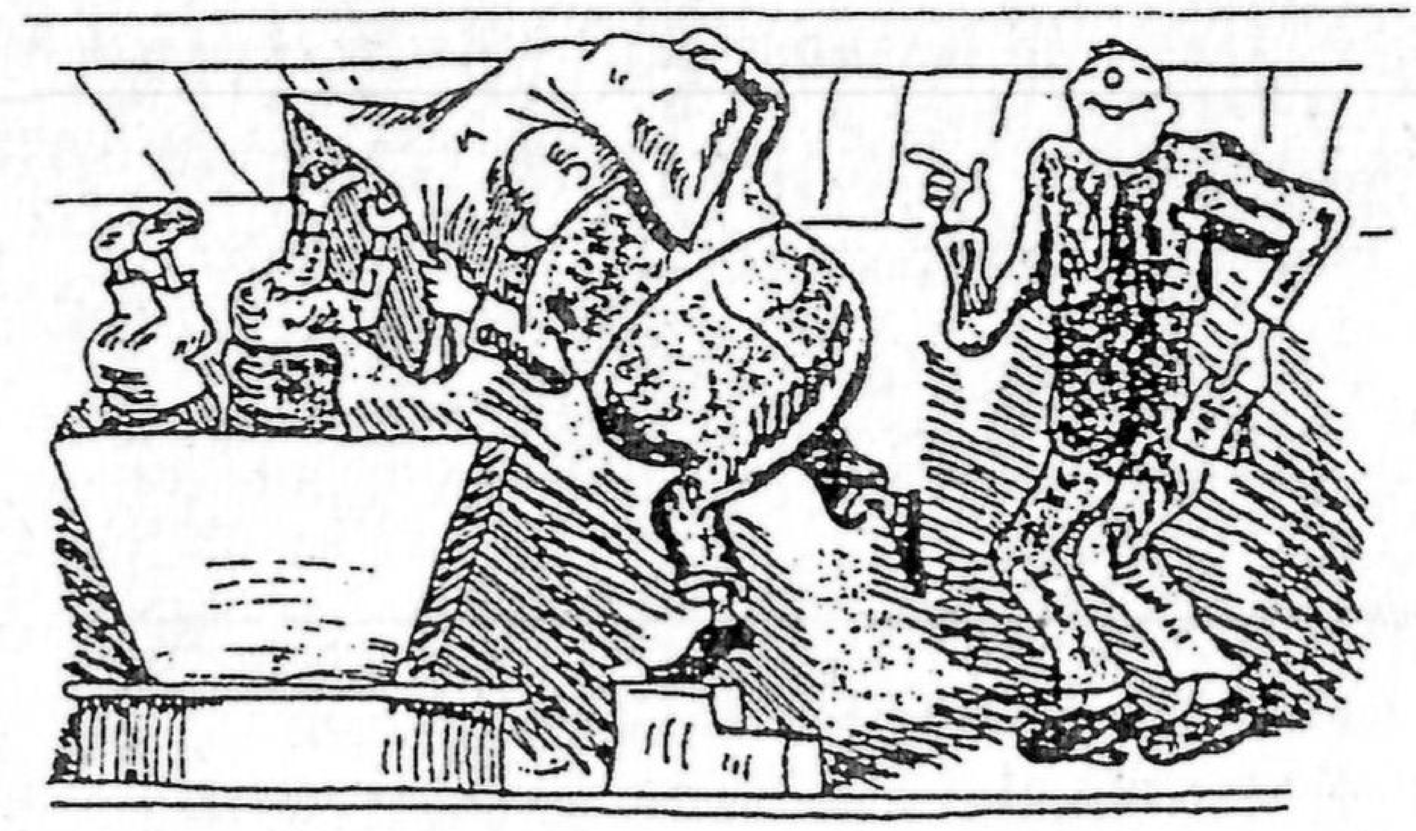
Warum müssen auch die beiden
In das eig'ne Fleisch sich schneiden?

## Der konkrete Ablauf

Beide Demos waren gut organisiert und in enger Abstimmung mit ständigem Funkkontakt. Als Fehler betrachten wir im Nachhinein, daß wir vom Abschlußort Kollwitzplatz nicht sofort weitergezogen sind zu der anderen Demo, die kurz davor von der Polizei gestoppt wurde. Unsere kurzes Zögern wurde von der Polizei genutzt, um zu provozieren und die Demo anzugreifen. Die Vorbereitungsgruppe der O-Platz-demo hat sich in dieser Situation unverantwortlich verhalten: Als sie von der Polizei gestoppt wurden, kam es in deren Lautsprecherwagen zur Durchsage von übernommenen falschen Polizeimeldungen.. Die Polizei hatte dort erklärt, wir wollten sie am Kollwitzplatz nicht sehen, während uns gesagt wurde, die O-Platz-demo könne nicht durchgelassen werden, da es dort zu Massenschlägereien in der Demo gekommen sei. Diese Behauptung enthielt zwar einen wahren Kern, da sich die beiden DEV-SOL-Flügel in die Haare gekriegt hatten, doch als Bullenmeldung war uns die Absicht klar, die Nachricht wurde nicht durchgegeben. Ganz anders auf der Paralelldemo, wo die Bullenhetze sofort aufgegriffen wurde.

## Stalinismus oder Antikommunismus? -Wir können auch anders!

In der Diskussion um den 1.Mai wurde mehrmals mit gegenseitigen platten Vorwürfen wie "Antikommunismus" oder "Stalinismus" gearbeitet, die kaum zur Klärung von Widersprüchen beitragen dürften. Dabei ist uns aber eine Unterscheidung wichtig: die innerlinke, gesellschaftlich nicht wahrnehmbare Debatte um marxistisch-leninistische Ansätze mag zu äußerst unterschiedlichen Ergebnissen kommen. In Bezug auf Antikommunismus als vorherrschende gesellschaftliche Strömung kann es als linke Antwort aber nur den Widerspruch geben und die Weigerung, daran teilzuhaben.



Und schon landen beide – rums!! –
In der Mühle des Konsums.

Als Selbstkritik müssen wir anmerken, daß einzelne Stellungnahmen von uns im Vorfeld so opportunistisch formuliert waren, daß der Eindruck entstand, wir organisierten "DIE Demo ohne die RIM", also ohne MLer. Als Erfolg werten wir aber, daß in der Mobilisierungsphase der populistische Eindruck verhindert werden konnte, am RL-Platz ginge die Demo ohne KommunistInnen los. Zu diesem Zweck haben wir uns eindeutig positioniert. Zumindestens im Antifa-Block dominierten die roten Fahnen mit den einschlägigen Emblemen. Diese Agitationsfreiheit werden wir auch zukünftig für uns wie für andere Gruppen einfordern.

Im übrigen spielte der alte Konflikt um die RK für viele Demo-TeilnehmerInnen nicht die geringste Rolle, die nicht aus politischer Abgrenzung zum Rosa-Luxemburg-Platz gingen, sondern weil sie nur von dieser Mobilisierung erreicht wurden: in allen ostdeutschen Städten, flächendeckend in Brandenburg; in Berlin vor allem innerhalb der Jugendszene. Zudem war hier gezielt auf das SchülerInnen- und StudentInnen-szene zugegangen worden. Für den O-Platz mobilisierte nur die RK und TKPML gezielt, deren Flugblätter zwar viele erreichten, die sich aber wegen Inhalt und Form nur sehr wenigen erschlossen.

## Argumente für die O-Platz-Demo

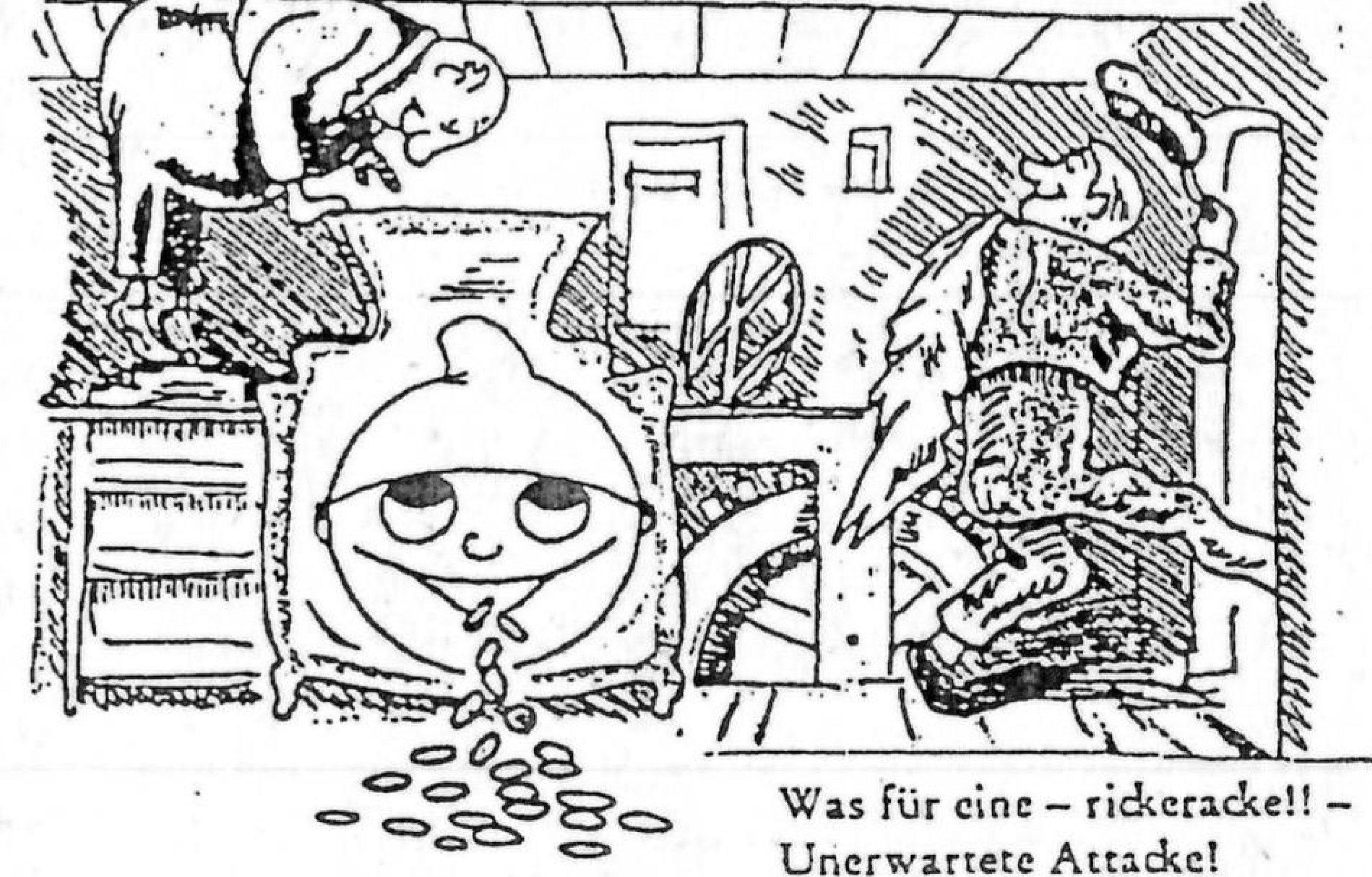
*Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis (W.I. Lenin)*

Völlig eindeutig war der 1.Mai in Bezug auf die Argumente für die O-Platz-demo.

-Die angebliche weltweite Bekanntheit des Oranienplatzes hat offensichtlich keine Rolle gespielt.

-Die Behauptung, die ImmigrantInnen in Kreuzberg würden sich nicht zum RL-Platz trauen, erwies sich als falsch. Viele Jugendliche aus den Stadtteilgruppen gingen dorthin. Die O-Platz-demo war viel stärker multinational, aber deutlich geprägt von organisierten türkischen und kurdischen ML- gruppen, die ja sicher auch 5 U-Bahnstationen weiter gefahren wären. Die VertreterInnen des kurdischen Befreiungskampfes wären auch dieses Jahr schon wie abgesprochen zum Rosa-Luxemburg-Platz gekommen, wenn sie nicht am Alexanderplatz von der Polizei angegriffen worden wären.

-Das angebliche Argument von der "Dominanzkultur", wegen der sich z.B. FARA nicht mehr an der RLPLatz -Vorbereitung beteiligen wollte, war Bauernfängerei. Die RK hatten trotz laufender Diskussion zum O-Platz mobilisiert, die O-Platz-BefürworterInnen dominierten mit ihrem Redeverhalten die meisten Vvs, aber dies wurde geflissentlich übersehen.

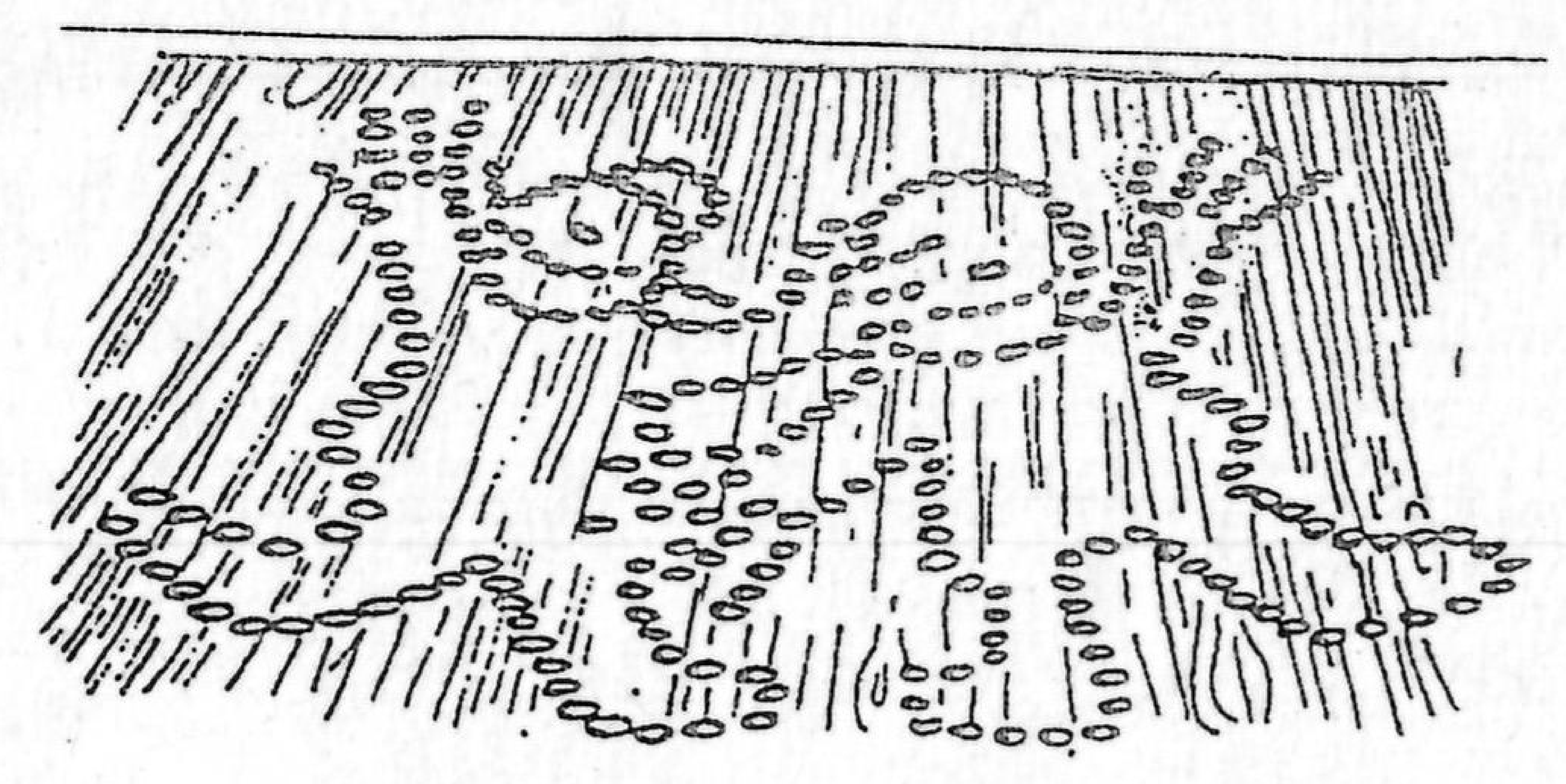


Was für eine – rickeracke!! –
Unerwartete Attacke!

## Der Nazi-Aufmarsch in Marzahn

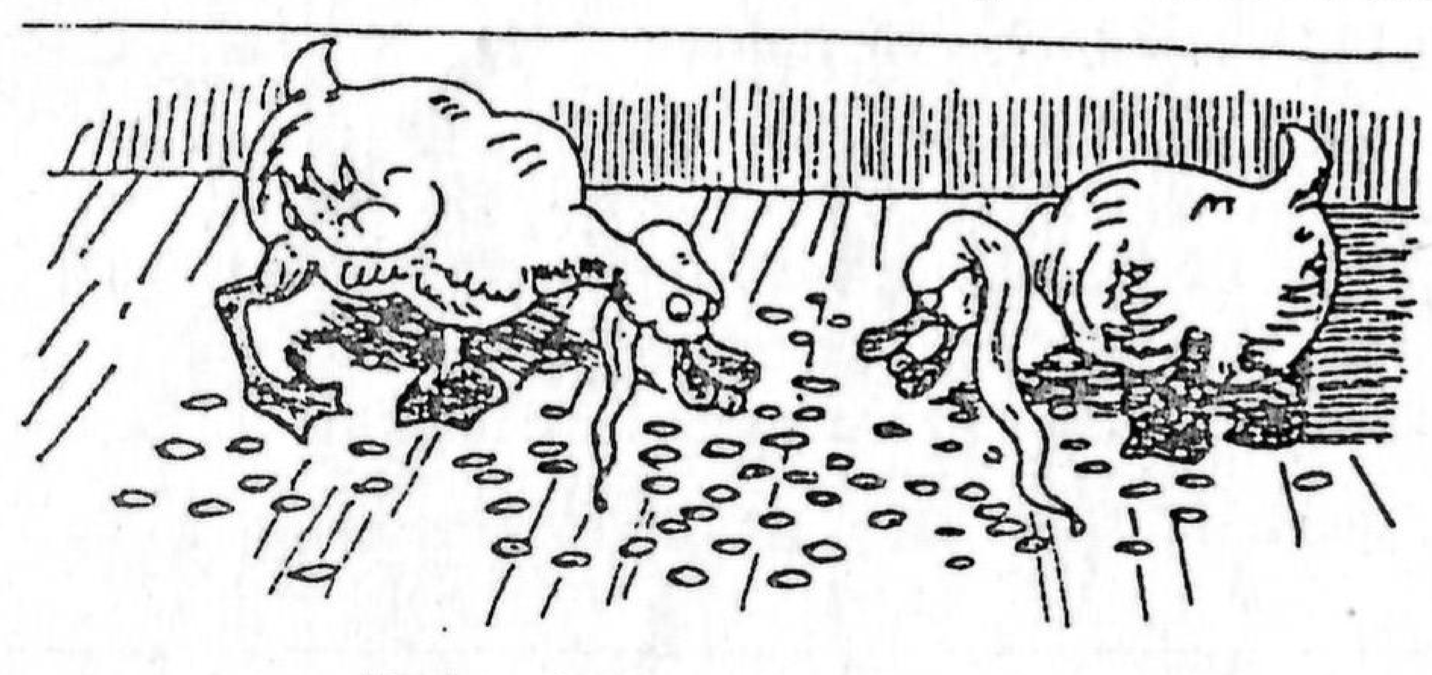
Wenige Tage vor dem 1.Mai verdichteten sich die Hinweise, daß die Nazis in Marzahn aufmarschieren würden. Darauf wurde beschlossen, von der Demo aus nach Marzahn zu mobilisieren. MelderInnen in Marzahn brachten über Funk Situations-berichte.Obwohl vor und während der Demo mehrfach dazu aufgefordert wurde und für die U-Bahn-Stationen auf der Demo-route Treffpunkte durchgesagt wurden, brachen nur wenige Linke nach Marzahn auf, um sich den Faschisten entgegenzustellen. Einige trauten sich wegen ihrer geringen Zahl nicht los, andere wurden von der Polizei schon am Bahnhof Lichtenberg abgefangen und vorläufig in Gewahrsam genommen. Die geringe Reaktion auf die Nazi-demo finden wir katastrophal, für viele der 1.Mai-demoteilnehmerInnen aber verständlich: Sich ohne Vorbereitung und Ausrüstung, bei unsicherer Unterstützung und ohne Ortskenntnisse in Richtung Nazi-Aufmarsch aufzumachen, kann nicht von allen eingefordert werden. Dies wäre eine Angelegenheit der organisierten Strukturen in Berlin gewesen. Am 1.Mai war unsere Gruppe wegen der Einbindung in die Demo nicht mobilisierbar, doch im Vorfeld haben wir diese Aufgabe vernachlässigt - genauso wie alle anderen Antifa-Strukturen in Berlin. Dies war ein schweres Versäumnis. Hier wäre eine Koordination nötig gewesen, ohne die zukünftig keine 1.Mai-Vorbereitung mehr auskommen darf - eine AG oder sonstige Struktur, deren ausschließliche Aufgabe darin besteht, jeden Nazi-aufmarsch im Vorfeld zu verhindern bzw. am 1.Mai auseinanderzujagen. Dieses politische Ziel ist wichtig ,darf aber nicht gegen die Durchführung einer eigenständigen linken Demo ausgespielt werden.

# Der Streit um die Route durch Prenzlauer Berg

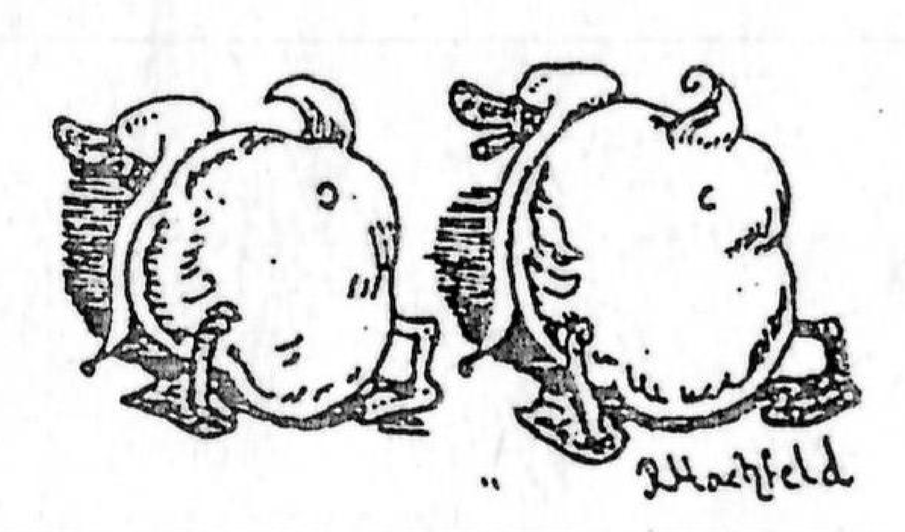


Hier kann man sie noch erblicken,
Wie sie streitend sich verquicken.

Nachdem die Entscheidung für eine Demo durch Prenzlberg gefallen war, kam es in der Interim mehrmals zu Wortmeldungen von anonymen bzw. unbekannten VerfasserInnen, die heftig gegen die Demoroute polemisierten. Dabei suggerierten die VerfasserInnen durch ihre Wortwahl, daß sie für „DEN Prenzlberg" oder „DIE Ost-Autonomen" sprechen würden und verwahrten sich mit den Worten „Bleibt Drüben" gegen die angebliche West-Demo. Tatsächlich waren aber die meisten Gruppen von der RL-Vorbereitung gesamtberlinerisch, mindestens fünf bestehen (nach unserem Wissen) überwiegend aus OstberlinerInnen.
Zudem führt die Regionalisierung von politischen Konflikten nur zur Verwirrung: Viele Prenzlberger Linke waren für die Demo, und auch in diesem Stadtteil ist die Linke zersplittert und fraktioniert: Z.B. sind in den letzten Jahren manche losgezogen, um den Faschos im Bötzowviertel aufs Maul zu geben, und andere wollten die Situation „deeskalieren", um in ihren Nischen von den Nazis in Ruhe gelassen zu werden. Und an die eine Fraktion in Prenzlberg: Auch in Kreuzberg schreien viele Leute nicht „Hurra", wenn die rev. Maidemo stattfindet. Der Anspruch, für linke Politik erst Mehrheiten in der Bevölkerung hinter sich haben zu müssen, ist utopisch und lähmend. Wir wollen den revolutionären 1.Mai und finden ihn politisch wichtig. Wir setzen dabei auf Argumente und erwarten dies auch von anderen. Das Fest (und damit auch die Randale) am Kollwitzplatz waren jedenfalls 95 und 96 eine gesamtberliner Sache. Wer die Vorfälle romantisierend als Ost-Erfolg wertet, gleichzeitig aber jeden Ansatz radikalerer Inhalte als Westberliner „Ghettokacke" wahrnimmt, muß sich auch die Frage gefallen lassen, ob er/sie nicht irgendwann von den sozialen Realitäten überholt worden ist.
Jedenfalls: Während auf der Straße fast nur Zustimmung für die Demo aufkam, häuften sich in der Interim die Problematisierungen, Ablehnungen, die Stimmung war hier anders. Dies liegt natürlich daran, daß in erster Linie die zur Schreibmaschine greifen, die sich beschweren wollen. Wenn dann aber mehrere Wochen unwahre Behauptungen auftauchen (z.B. die Festvorbereitung sei von der Demo-leitung ignoriert worden), so zeigt sich daran ein Problem des offenen Zeitungs-Konzepts. Vielleicht könnte hier die Regelung helfen, daß Gegenmobilisierungen und Boykottaufrufe nur abgedruckt werden, wenn sich die Redaktion von der Richtigkeit der Fakten überzeugt hat.



Doch sogleich verzehret sie



Meister Axels Stimmenvieh.

Daß die politischen "Differenzen" (Ost-West, dogmatisch-undogmatisch usw.)bei den Diskussionen um den 1.Mai so schwer einzuschätzen waren, liegt teilweise daran, daß sie nicht mehr entlang der klassischen Fronten verlaufen. Z.B. zeigt sich dies deutlich an der als stalinistisch diffamierten kommunistischen Plattform, die (ganz anders als der PDS-Vorstand) den 1.Mai und die Autonomen vorbehaltlos verteidigte. Andersrum ist ja auch die immer stärkere autonome Beteiligung am Luxemburg-Liebknecht-Gedenken im Januar offensichtlich. Die zukünftige Ausdifferenzierung der Linken sollte unserer Meinung nach trennen zwischen denen, die weiterhin um Veränderung kämpfen und denen, die mit den altbekannten Argumenten nur noch ihre Nischen und ihre Nicht-Praxis verteidigen. Und so eine Nische muß nicht nur billiger besetzter Wohnraum sein, dies ist genausogut ein Arbeitsplatz bei der Taz, ein Posten in einer Partei oder Organisation oder auch nur die resignierte melancholische Erinnerung an die bewegten 80er usw.

# Über den Tag hinaus

-Was die katastrophale Bilanz von über 200 Festnahmen betrifft, ist auch hier die organisierte Linke in der Pflicht: Nachträglich durch das Auftreiben von Soli-Geldern (Konzerte, Feten), am 1.Mai auf der Straße hätte vielen Jugendlichen die Erfahrung für richtiges Verhalten vermittelt werden müssen.
-Eine Beibehaltung der Trennung der beiden Vorbereitungen finden wir nicht anstrebenswert und werden auch nächstes Jahr wieder alle zum Vorbereitungstreffen einladen und eine gemeinsame Demo (am RLPlatz) anstreben.

**1.Juni 96**

**Antifaschistische Aktion Berlin**

# BUT ALIVE!

Anmerkungen zum Papier "O.S.T.B.L.O.C.K. sagt Adieu" interim Nr.379

"Zum Abgesang der OSTBLOCK-Gruppe hier aber noch ein herzliches Helau! Demos gegen Militarismus und Nato sind kleinbürgerlich. Aktionen gegen Droste lustfeindlich und der Prenzlauer Berg erwiesenermaßen ein Schwarzenghetto unter der revolutionären Führung der Massen durch die OSTBLOCK-Gruppe". Soweit der Kommentar des interim-Vorworts. Der LeserInnenschaft muß offenbar eingebläut werden, daß die interim-Redaktion diesen Text für potentiell verwerflich hält. Ketzerisch sozusagen. Also muß das Papier in den Dreck gezogen werden. Transparenz in der Zensur à la interim. Und wie schon Heinz Schenk 1991 zu spüren bekam: The empire strikes back.

Mir scheinen die mit großer Polemik und Unsachlichkeit vorgetragenen Debatten um die 1.Mai-Kritiken der OSTBLOCK- und anderer Gruppen in den "Go to..." -Papieren (Nr. 370-375) symptomatisch für die derzeitig allgemein politisch-geistige Verfassung des größten Teils der sich explizit als Berliner autonome Scene Verstehenden.

Um es exemplarisch vorzuführen: Auf der einen Seite der hysterisch reagierende Teil junger "Massenmilitanter", sich für die Größten haltend und die Fehler der Alten beständig reproduzierend, so als hätte es ein 80/81, 82, 87 oder die Zäsur 89/90 nie gegeben und schwarze Blöcke und Schlachten mit den Bullen seien noch immer die adäquate Antwort zur langfristigen Beseitigung des Systems. Perspektivisch-strategische Planspiele zur Intervention an den Schnittstellen sozialer Realitäten wie dies etwa der Stadtteil ist, z.B. im Bereich Mieten/Wohnen, Erwerbslosigkeit etc. scheinen bei ihnen Fremdworte zu sein. Und so ist das Gejaule groß, wenn die geliebten Spielwiesen zu Wüsten kritisiert werden, "immer noch spektakulär mit revolutionär verwechselt wird". Ihr Blick bleibt beständig an der Oberfläche, geht aber niemals auch nur ansatzweise in die Tiefen der Gesellschaft.

Auf der anderen Seite steht dann der Teil derer, die es eigentlich besser wissen könnten (müßten?): "Lebenserfahrene" Altautonome wie kritscher "Nachwuchs" bei zu bemängelnder Transparenz. Von der Lust die herrschenden Verhältnisse für einige Stunden zum Tanzen zu bringen und dem schalen Gefühl am morgen danach - leider immer noch alles beim alten geblieben. Von der Selbstmarginalisierung und der Selbstisolation einer Scene. Von der Notwendigkeit, die soziale Frage neu auf die Tagesordnung zu schreiben und die sozialen Kämpfe zu entwicklen.

Und ob bei dererlei Selbstblockade die vielzitierte "solidarische, interne" Kritik noch weiterhilft, wage ich sehr stark zu bezweifeln. Sicherlich sind die letzten OSTBLOCK-Papiere auch dumm genug, die Provokation mit der Provokation zu suchen (Droste/Rolle der Bullen am 1.5.93). Man kann es mit solch hoffentlich nur ungeschickten Äußerungen den KritikerInnen auch leicht machen, sich um die eigentliche Thematik drumherum mogeln zu können. Daher wohl auch das mehr als peinliche Vorwort der interim-Redaktion.

Jedenfalls scheint es sehr schwer zu fallen, sich von als überkommen erwiesenen Politikvorstellungen zu lösen. Aber eben dieser Prozeß ist die Voraussetzung, um die Verankerung linken Widerstands, der mehr als nur wenige Prozent der Bevölkerung umfassen will, anhand neuer praktischer Interventionen zu entwickeln, die wieder ein Stück Hoffnung vermitteln und an den tatsächlichen Bedürfnissen ansetzen. Und wird dies mit Nachdruck einfordert (z.B. OSTBLOCK), so verschließt man die Ohren und beginnt mit aller Kraft zu schreien. Bleibt die Frage, die ich mir in letzter Zeit immer öfter stelle: will mensch es nicht verstehen, oder reicht die Imagination für die Sprengkraft dieser möglichen Perspektive wirklich nicht aus?

Auch der Vorwurf an die interim als ein Spiegelbild der Scene ist prinzipiell gerechtfertigt: "Inhaltlicher Wert keiner - beim Diskussionsstand westdeutscher Autonomer des Jahres 1986". Systeme kommen und gehen - nur die autonome Scene bleibt die gleiche. (Stimmt nicht, werden weniger.)

Es ist faszinierend, ein zehn Jahre altes Papier der l.u.p.u.s.-Gruppe wieder und wieder zur Hand zu nehmen, um festzustellen, das es eben geschrieben sein könnte. Ich möchte mich über dieses wohl hinreichend bekannte Papier gar nicht weiter auslassen, nur soviel:

*"unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaums".*

Diskussionen wie sie 1994 mit dem Papier "changing times" in der arranca (Nr.4) geführt wurden, daß auf der Grundlage veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse linksradikale Politik nicht mehr die gleiche sein kann wie früher - was im Prinzip auch allen bewußt ist - scheinen dagegen fremd zu sein. Nur wird aus Unwillen oder Unsicherheit schon ein solcher erstmal rein theoretischer Diskurs unterdrückt, so muß bei den Ansätzen ihrer praktischen Umsetzung das Unverständnis noch sehr viel größer ausfallen. Daß sich GenossInnen angesichts dieser Vogel-Strauß-Problemlösungspraxis irgendwann kopfschüttelnd abwenden, um endlich zu neuen Ufern aufbrechen zu können, ist konsequent und logisch.

Zur Farce verkommt dieser Prozeß des Auseinanderdriftens jedoch vollends, wenn die am anderen Ufer Verbliebenen am konkreten Beispiel "Prenzlauer Berg -1.Mai" meinen; alles über den Haufen rennen zu müssen. Keine Ahnung von nichts oder ehrliches Interesse für irgendwas: die Menschen, ihre konkreten Probleme, soziale Realitäten und real-existierender Widerstand im Stadtteil. Ein kurzes unverbindliches Gastspiel vor ausbleibendem Publikum. Weitere Kontakte unerwünscht. Scheingefechte an sozialen Brennpunkten, sonst erbitterte Schlachten auf verlorenem Terrain.

Im Wendland war zu beobachten, wie sich an der breiten Verankerung des Widerstands und seiner Lebendigkeit nicht gelabt, nein ausgiebig betrunken wurde. Balsam für die in den Jahren gebeutelten schwarzen Seelen. Man brauchte sich ja auch nur noch ins gemachte Bett legen. Aber waren und sind nicht die Grundlagen der Intensität des Widerstands am Tag x² und darüber hinaus jahrelange, oftmals unspektakuäre kontinuierliche Arbeit an der Basis? Und ließe sich dieses Modell Wendland im übertragenen Sinne nicht auch auf andere Städte und Regionen übertragenen, ja dann müßte der Satz gelten:

*"Wenn eine neue soziale Bewegung ensteht, dann nicht wegen, sondern trotz der Linken"*

(Karl-Heinz Roth)

T.R.A.N.S.I.T.-B.Ä.R.



# Run auf die Plätze

*Zwischen RAF und etlichen Gefangenen hat es eine Spaltung gegeben, die Gefangenen treten nach außen hin nicht mehr als einheitliche Gruppe auf. Als wer oder für wen sprechen Sie in diesem Interview?*

Pohl: Zuerst spreche ich für mich. Aber es fließt auch ein, was ich von anderen Gefangenen weiß. Wir sind seit dem Hungerstreik 1989 allerdings fast alle vereinzelt gewesen. Es gab keine Möglichkeit zum Austausch über die neue Situation. Und die Post ist dafür auch kein geeignetes Medium.

*Warum nicht?*

Unsere Post wird seit über zehn Jahren ausgewertet. Vom BKA werden damit Projekte zur Stilerkennung gefüttert, jede Zeile von uns wird benutzt – das macht eine Diskussion unmöglich. Es geht aber auch praktisch nicht, ausschließlich über so ein schwerfälliges Medium wie Briefe zu kommunizieren. Trotzdem besteht das Kollektiv aber noch weiter: Wir kämpfen zusammen um unsere Freiheit.

*Wie erklären Sie, daß sich infolge der Ankündigung von 1992, die RAF werde die bewaffneten Aktionen gegen Menschen einstellen, die Gefangenengruppe aufgelöst hat und die RAF von der politischen Bildfläche verschwunden ist?*

Die Zäsur, wie wir sie gewollt haben, ist überhaupt nicht gemacht worden. In unserer Vorstellung war die Zäsur das Stichwort für eine Transformierung von dem, was die RAF früher war, zu einer politischen Kraft, die auf die neue politische Situation einwirken kann. Und das ist nicht gelungen. 1992 sind nur endlich diese Aktionen eingestellt worden, und der Rest hat sich in Luft aufgelöst. Die Ursache liegt darin, daß eine politische Auseinandersetzung darüber, wie es künftig weitergehen kann, überhaupt nicht in Gang gekommen ist.

*Aber es gibt mittlerweile ein ganzes Buch voller Papiere, voller Kritik und Selbstkritik von RAF und Gefangenen...*

Aber diese Papiere der RAF und das, was als »Selbstkritik« lief, das war doch keine wirkliche Kritik. Das war die 80er Jahre umbiegen oder einmal durch die Waschanlage und die Kiste umspritzen. Die sogenannte »neue Politik« der RAF hatte nur versucht, eine Variante »revolutionärer« Politik im alten Grundschema zu machen, die Reproduktion desselben, aber sozusagen diesmal ganz richtig. Und so eine Abwandlung des alten Grundkonzepts reicht nicht hin. In diesem Zusammenhang: Ich finde es auch nötig, daß die Illegalen ihre Auflösung als RAF erklären. Das wollen auch andere Gefangene ausdrücklich, daß es hier gesagt wird. Und dann muß man sehen, was sich entwickelt.

*Wie hätte Ihrer Meinung nach die Diskussion verlaufen müssen?*

Um das zu erklären, ist es nötig, sich die Geschichte des Zäsur-Gedankens anzuschauen. Das erste Mal ist von seiten der Gefangenen 1987 von Zäsur die Rede gewesen...

*Also nach den Anschlägen auf den MTU-Manager Ernst Zimmermann, den Siemens-Manager Kurt Beckurts und den Diplomaten Gerold von Braunmühl. Bestand ein Zusammenhang zwischen der Zäsur-Diskussion und den Anschlägen?*

Der Zäsur-Gedanke hat vor allem was mit den internationalen Entwicklungen zu tun. Uns war 1987 klar geworden, daß die Verhältnisse dabei waren zu kippen. Und deswegen mußte nach unserer Meinung das gesamte Konzept, das die RAF bis dahin ausgemacht hatte, in Frage gestellt werden. Aus dieser Analyse ist aber keine Diskussion entstanden, sie ist steckengeblieben. Das ist auch eine Kritik an uns Gefangenen: Wir hätten damals, als deutlich wurde, daß wir nicht weiter kommen, von uns aus erklären müssen, daß es so nicht weitergehen kann. Aber wir haben damals gedacht, das geht nicht, damit dringen wir nicht durch. Die Grundgedanken waren uns auch einfach zu wenig, wir konnten, weit weg im Gefängnis und einzeln isoliert, auch nicht sagen, was das alles letztlich bedeutet und wie es weitergehen wird. Trotzdem hätten wir damit herauskommen müssen. Wenigstens hatten wir den Finger draufgelegt, als einige der wenigen damals.

Und wir haben im Hungerstreik 1989 mit unserer Hungerstreikerklärung noch einmal versucht, diese grundsätzliche Neuorientierung einzuleiten. Danach lief es über unser Drängen darauf hinaus, daß die RAF die Einstellung der bewaffneten Aktionen erklärt...

*Das war eine intern geäußerte Forderung?*

Ja. Das waren unsere internen Diskussionen, was die bewaffneten Aktionen betrifft.

*Wieso haben Ihrer Meinung nach die neuen internationalen Entwicklungen dazu geführt, daß der bewaffnete Kampf keinen Sinn mehr hat?*

Immer wieder wird die Politik der RAF mit dem bewaffneten Kampf gleichgesetzt. Das war aber nie so gedacht, das sollte nie so sein, und wo es doch so war, war es ein Fehler. Der Zäsur-Gedanke hat deswegen auch mit dem bewaffneten Kampf erstmal gar nichts zu tun. Mitte der achtziger Jahre war weltweit eine Tendenz zur Entgrenzung festzustellen. In Mittelamerika wurde ein Vernichtungskrieg geführt, und er ist hier überhaupt nicht mehr wahrgenommen worden, im Gegenteil, es wurde das entgegengesetzte Bild verbreitet, und das hat gegriffen. Es ging hier immer darum, daß dort angeblich demokratische Fortschritte zu verzeichnen wären, während tatsächlich ganze Landstriche zerstört worden sind.

Gleichzeitig ist hier in Zentraleuropa in allen wesentlichen Bereichen die Macht mit ihren Projekten durchgekommen: Ob es jetzt um Gentechnik geht, um Atomtechnologie, um die Festung Europa oder um militärische Strukturen. Es war ein Qualitätsumschlag, der für uns zu dieser Zeit sichtbar wurde. Deswegen war es für uns von enormer Bedeutung, daß aus einem weiten linken Spektrum Leute zusammenkommen und diskutieren, um zu begreifen, in welche katastrophale Richtung sich die Verhältnisse entwickelt hatten. Es ist nicht zufällig, daß sich gerade die Zäsur-Diskussion zu der Zeit entwickelte. [continues:] *achtziger Jahre. Was war denn vorher besser? Wo sehen Sie einen Unterschied zwischen dem fehlgeschlagenen Versuch, General Kroesen zu töten, und dem Genickschuß auf den Diplomaten von Braunmühl?*

Sie sprechen da eine Aktion an, wo das unterschiedliche Verständnis aufeinandertrifft. Wir haben Aktionen wie die gegen von Braunmühl Anfang der Achtziger verworfen, als wir durch die Funktion dieses Amts auf einen seiner Vorgänger gestoßen waren, weil für uns dabei das Mittel und der politische Zweck kraß auseinandergefallen wären. Übrigens eben auch aus der Erfahrung derjenigen von uns aus der 77er-Zeit, die als fiktive »Hardliner« besonders beliebt sind. Die Aktionen gegen Kroesen und gegen den Stützpunkt Ramstein erfolgten dagegen im Rahmen der Auseinandersetzung um die Nato-Nachrüstung. Beide waren bestimmt als strategische Aktionen, die angreifen sollten, was unserer Meinung nach den weltweiten Umbruch forciert: die militärische Aufrüstung in den Zentren.

*Die Nachrüstung zu verhindern war auch ein Ziel der Friedensbewegung, die im großen und ganzen die RAF-Anschläge strikt abgelehnt hat. Hat Sie das nicht stutzig gemacht?*

Naja. Es gab ja auch viele, die die Friedensbewegung stutzig gemacht hat. Die Friedensbewegung hat zum Beispiel eine starke nationale Schlagseite gehabt. Sie hat sich vor allem dagegen gewandt, daß der Krieg hier geführt werden soll, und dieser Teil der Friedensbewegung hat sich auch nicht um imperialistische Interessen und Kriegsziele geschert.

*Wenn Sie an der Friedensbewegung zu Recht eine nationale Schlagseite kritisieren, dann muß es ihnen doch beim Lesen mancher alter RAF-Texte auch unbehaglich werden. Dort wird Deutschland als US-Kernstaat und als besetztes Land charakterisiert.*

Das sind Töne, die aus den siebziger Jahren kommen und die ihren Grund in einer fatal verkürzten Analyse hatten: Aus der Tatsache, daß das US-Kapital weltweit führend war und daß die US-Konzerne die deutschen Konzerne dominiert haben, ist geschlossen worden, daß die BRD eine Art US-Kolonie sei. Das war falsch. Aber in unserer Politik hat diese Überlegung nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

*Aber die Anschläge richteten sich meistens gegen US-Militäreinrichtungen oder US-Militärs.*

Aber immer im Zusammenhang mit der Nato und der Nachrüstung. Das waren keine Aktionen gegen die USA als Besatzer. Aber ich gebe zu, daß es da in der Linken insgesamt und damit auch in unserem Spektrum offene Flanken gab. Es gab antiamerikanische Blüten, die gingen so weit, daß US-Kultur abgelehnt wurde. Aber wir, ich war damals illegal, haben diesen als Antiimperialismus verkleideten Antiamerikanismus in Gesprächen und bei unseren Kontakten kritisiert. Das hat allerdings manchmal nichts geholfen. Es gibt da sowieso ein falsches Bild davon, wie die Situation von uns und von un-

wickeln. Denn es war ja nicht nur unser Ansatz, Politik zu machen, überholt worden, auch die anderen linken Gruppen, ja sogar das linke bürgerliche Lager, waren gescheitert und standen plötzlich ohne angemessene Instrumentarien und Methoden da, die geholfen hätten, mit der neuen Lage umzugehen.

*Das heißt, die Entscheidung gegen Anschläge, wie sie früher Kennzeichen der RAF waren, hat grundsätzlichen Charakter. Wie paßt das aber zu Ihrer Erklärung von 1993, in der Sie geschrieben haben: »Ich mache diese Aussagen, die ich in den letzten Jahren gemacht habe, heute nicht mehr. Und die Möglichkeiten, die in der Zäsur gesteckt haben, dürften vorbei sein. Und deswegen werde ich einen Teufel tun und den bewaffneten Kampf absagen.« Das paßt besser zu dem Hardliner-Image, das Ihnen die Bundesanwaltschaft verpaßt hat.*

Es war sicher ein Fehler, daß ich diesen Schlußpassus der Erklärung im Zorn so formuliert habe. Aber wer den ganzen, damals in der »Taz« abgedruckten Text liest, kann leicht feststellen, daß der Sinn in diesem Zusammenhang ist: Ich lasse mich nicht zur Staatspropaganda erpressen. Von uns ist damals eine deklaratorische Absage an Gewalt und die RAF-Politik von Anfang an verlangt worden – und dazu war ich nicht bereit. Die Zäsur war nicht als diese Art Zugeständnis gedacht, sie wäre notwendig gewesen, um weiter Politik machen zu können.

In der Anfangszeit unserer Zäsur-Diskussion haben Besucher von uns und die RAF gar nicht verstanden, worum es uns ging. Beispielsweise wurde uns immer wieder entgegengehalten, daß der Angriff aufrechterhalten werden müßte. Ich persönlich finde das überhaupt keinen überzeugenden Gedanken: Wenn zwischendurch was Richtiges gemacht wird, dann schadet es nicht, »wenn der Angriff nicht aufrechterhalten wird«. Aber selbst wenn man das anders sieht, hätte man eine andere Angriffsform finden müssen. Und da hat es in dieser Zeit Überlegungen gegeben – z.B. daß an Stelle der Erschießungen Sabotageaktionen auf hohem Niveau gemacht werden könnten. Aber umgesetzt worden ist auch das nicht.

Und dieser »Hardliner«-Vorwurf, der hat mit dem, was wir Gefangenen tatsächlich machen oder sagen, nichts zu tun. Bis 1991/92 galten wir Gefangenen grundsätzlich alle als »Hardliner« – und zwar trotz unserer Anstrengungen, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu führen. Ich erinnere hier nur mal an diese Vollmer/Käsemann/Walser-Initiative 1988: Darauf sind wir eingegangen, und zwar nicht als taktisches Manöver, sondern weil es uns um diesen Zäsur-Gedanken ging. Aber der Apparat hat das verhindert. Als »Hardliner« galten wir trotz unserer Bemühungen im Hungerstreik 1989, obwohl wir da mit Leuten aus dem Apparat und vielen anderen gesprochen haben – und alle wußten, daß wir was Neues wollen. Damals sind angebliche Angriffspläne von uns erfunden und durch die Medien lanciert worden, obwohl wir durch Irmgard Möller auch öffentlich erklärt hatten, daß wir die Einstellung der Aktionen begrüßen. Tatsachen haben in diesem Propaganda-Rollback überhaupt keine Rolle gespielt.

Wenn man sich das heute anschaut, dann muß man sagen: Statt einer Transformierung der RAF und der notwendigen politischen Entscheidung in der Gefangenenfrage für alle Gefangenen, ist eine Spaltung gekommen, die über die Reduzierung auf einige wenige Gefangene und die entsprechende »Hardliner«-Propaganda das zu dieser Zeit aktuelle Gefangenenproblem »erledigt« und es den Staatsapparaten ermöglicht hat, an uns übriggebliebenen Gefangenen doch noch zu versuchen, das zu Ende zu bringen, was sie 20 Jahre lang mit allen Gefangenen vorhatten.

*Was könnte das Interesse der Bundesanwaltschaft daran sein?*

Ihr ist vor allem wichtig, die politische Feinderklärung fortwirken zu lassen, und sie will offensichtlich auf keinen Fall den politischen Prozeß zulassen, den wir anstreben. Die RAF-Geschichte soll mit einer Abrechnung beendet werden, die sich natürlich auch an Personen festmacht, und eben nicht in einen politischen Prozeß münden. Und das hat nicht nur was mit der RAF zu tun, sondern zeigt insgesamt, wie die Gesellschaft nach Vorstellung von BKA und Bundesanwaltschaft funktionieren soll.

*Aber daß das funktionieren kann, hat doch auch was mit der RAF selber zu tun, die nie sehr offen für kontroverse Diskussionen war, und die sich niemand vorstellen konnte als eine Gruppe, die zu einem anderen Mittel greift als zu dem, Menschen zu töten.*

Sicher hat das auch mit der RAF zu tun. In den achtziger Jahren war es keine Spezialität der RAF, unzugänglich für kontroverse Diskussionen zu sein. In anderen linken Gruppen gab es das genauso. Die Ursache dafür liegt meines Erachtens ziemlich weit zurück. Der Grundfehler bei uns, aber auch in vielen anderen linken Gruppen, war, daß die politischen Strukturen immer wenig oder gar nicht entwickelt wurden: Statt dessen haben sich Ideologie und Aktionismus durchgesetzt. Dabei hat das RAF-Konzept immer schon beinhaltet, daß es ein Primat der Politik geben muß, die bewaffnete Aktion sollte die Politik befördern, aber nicht ersetzen.

*Daß die RAF gerade nicht in erster Linie politisch, sondern militärisch handelt, haben auch linke Gruppen immer wieder kritisiert.*

Ja, aber immer nur so, wie es ihnen gerade in ihr ideologisches Konzept gepaßt hat. Deswegen sind diese Auseinandersetzungen immer wieder gescheitert. Ich denke, daß der Grundfehler von allen, den Gruppen der radikalen Linken allgemein und der RAF, war, daß wir uns viel zu wenig in der Realität bewegt haben und viel zu sehr in der Ideologie. Es gab Treffen, Papers, Konzeptdiskussionen, Veranstaltungen, Kampagnen – aber das war nichts Reales. Und der Zusammenbruch der radikalen Linken Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre war die Stunde der Wahrheit für dieses Konzept von Politik, das seit den sechziger Jahren entwickelt worden ist. Wenn etwas erkämpft worden wäre aus allem, worum es die ganze Zeit ging, dann hätte etwas davon hinübergenommen werden müssen. Aber das ist nicht geschehen. Statt dessen Selbstauflösung und Run auf die Plätze.

Und das bringt darauf – bei der RAF war es ja auch nicht anders als sonst –, daß die deutsche radikale Linke überhaupt nie aus dem Widerspruch rausgekommen ist, im weitestentwickelten System zu leben und die sich daraus ergebenden Widersprüche gleichzeitig nicht auszuhalten: Einerseits möchte man raus, zu etwas anderem, andererseits ist hier der beste von allen Plätzen, die sichtbar sind. Dieser Widerspruch hat in unserem Spektrum eine Theorie und Praxis hervorgebracht, die von ideologischem Denken, in sich kreisender Betriebsamkeit und Aktionismus geprägt war. Ich nenne das »Politik-Ersatz«.

Und Politik heißt hier: reale Prozesse, nicht Ideologie. So schlau wie die weiße europäische Linke, und noch mal ganz besonders die BRD-Linke, war auf der ganzen Welt kaum jemand. Niemand hat mehr gelesen, so viel geredet wie die Linke hier. Das ist aber nicht Politik. Sie zeigt sich als stationärer Prozeß, der in diesen gesellschaftlichen Rahmen eingepaßt bleibt. Ein Beispiel dafür, was ich mit stationär meine: Frauen kommen doch seit langem massiv damit, daß diese sogenannte Sexismus-Debatte, die Männer-Diskussion, immer nur das Ergebnis hat, daß das Problem debattenmäßig bewältigt wird, damit es politisch erledigt ist und alles so bleiben kann, wie es vorher war. Und da haben sie recht. Es ist eine Art Problembeseitigungsmechanismus.

*Und die RAF ist Teil dieses stationären Prozesses?*

Sie war Teil davon geworden. Die Aktionen, die dann in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gemacht wurden, waren für die meisten der heutigen Gefangenen grundsätzlich falsch. Die bewaffnete Aktion hatte für uns ja immer eine strategische Funktion. Sie sollte was klarmachen und weiterbringen. Die Aktionen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren aber nur noch eine Aneinanderreihung von Erschießungen. Und letzten Endes, wenn man sie auf einen politischen Kern reduziert, bleibt nichts übrig als Bestrafungsaktionen.

Die RAF wußte auch, daß wir diese Aktionen kritisieren. Sie wußte z.B. von mir ausdrücklich, daß ich dagegen bin, daß diese Entwicklung weitergeht, daß Leute abtauchen. Wenn ein Konzept keine Perspektive mehr hat, kann man, selbst wenn man sagt, der Angriff muß aufrechterhalten werden, nicht neue Leute holen. Die stellen sich vor, sie setzen dort den Kampf, den sie in konkreten Basisprojekten gemacht haben, an anderer Stelle fort, gehen aber tatsächlich ins Leere.

Ich will hier kein falsches Bild aufkommen lassen, ich will uns nicht davon abtrennen, wir waren alle Teil davon und haben es getragen. Ich spreche hier zur Verkehrung der Verhältnisse in der Abwicklung des Gefangenenproblems während der letzten Jahre. Wir haben es weitergetragen vom Aufschrei bis zum Verstummen, weil wir eine Kontinuität wollten. Wir waren völlig überbestimmt von den absehbaren Auswirkungen des gesamten Umbruchs und haben gedacht, es muß doch eine Kraft her. Das hat uns die entscheidende Konsequenz versperrt.

*Aber widerspricht sich das nicht: Einerseits eine Kontinuität zu wollen, andererseits dagegen zu sein, daß neue Leute in die Illegalität gehen?*

Es ging nicht um eine Kontinuität der RAF, wie sie bestanden hat, sondern um

eine Kontinuität der Inhalte. Der bewaffnete Kampf war doch nicht der Inhalt der RAF. Der Inhalt der RAF war, wenn man es mal auf den Punkt bringt, Befreiung.

*Sie kritisieren die Anschläge und Attentate der RAF in der zweiten Hälfte der* serem Umfeld war. Wir haben Anfang der Achtziger auch die RAF nicht verstärken wollen, wir haben Leute, die zu uns stoßen wollten, in die Kämpfe vor Ort zurückgeschickt. Wir wollten Strukturen und politische Prozesse, und zurück kam die Aufforderung, wir sollten Aktionen machen. Den Druck konnten wir damals auch nicht ändern. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß alles läuft, wie man sich das in einem Konzept ausdenkt und vorstellt. Das hat später bei der Zäsur-Debatte ja auch nicht geklappt.

*Es gab lange Zeit die Forderung der Gefangenen, in ein oder zwei große Gruppen zusammengelegt zu werden, damit eine Auseinandersetzung untereinander stattfinden kann. Was denken Sie heute, wie es weiterlaufen könnte?*

Es geht hier nicht um eine abstrakte prinzipielle Ebene. Wir haben es auch nicht mit der Justiz im allgemeinen zu tun, sondern mit der Bundesanwaltschaft und den Staatsschutzgerichten, und wir haben die bekannte Haft- und Prozeßgeschichte. Abgesehen davon geht es den meisten von uns gesundheitlich außerordentlich schlecht, so daß diese Perspektive: zwanzig Jahre und noch ein bißchen mehr, je nachdem wie man sich individuell verhält, für uns keine ist. Wir müssen jetzt Wege zur Entlassung finden.

Und dafür muß es eine Entscheidung geben, die mehr ist als nur Worte. Es muß etwas sichtbar werden, vor allem in unserem Gefangenenstatut: Was macht man mit jemandem, den man in absehbarer Zeit rauslassen will? Der kann seine sozialen Beziehungen nach draußen aufbauen. Entsprechendes muß für uns auch möglich werden. Es muß Kommunikation und Arbeitsprojekte geben können. Wir haben derzeit ja fast keine Kontakte nach draußen. Man muß sich klarmachen, daß dieses Interview eine der ganz, ganz wenigen Gelegenheiten ist, wo ich mit jemandem von draußen zusammenhängend länger sprechen kann. Mein größter Erfolg in meiner ganzen Haftzeit war vor einigen Wochen ein 90-Minuten-Gespräch ohne LKA-Überwachung.

*Ist diese Orientierung auf Kommunikation mit Leuten von draußen bei den Gefangenen Konsens?*

Es geht bei uns hin und her, weil manche meinen, es sei wichtiger, daß wir Zusammenlegung haben und was Gemeinsames veröffentlichen können. Ich war immer der Meinung, daß es viel wichtiger ist, daß aufgemacht wird. Wir sind alleine zu wenige, um weiterzukommen, wir brauchen weiterreichenden Austausch. Es kann auch gar nicht darum gehen, das, wofür vor Jahren das Stichwort »Diskussion« stand, jetzt noch nachzuholen. Natürlich suchen wir Gespräche über ein gemeinsames Interesse, das ist ja klar. Aber Kommunikation mit draußen hat für uns vor allem den Sinn, erste Schritte auf dem direkten Weg zur Freiheit zu finden.

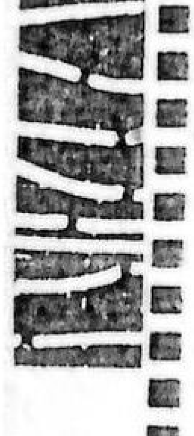


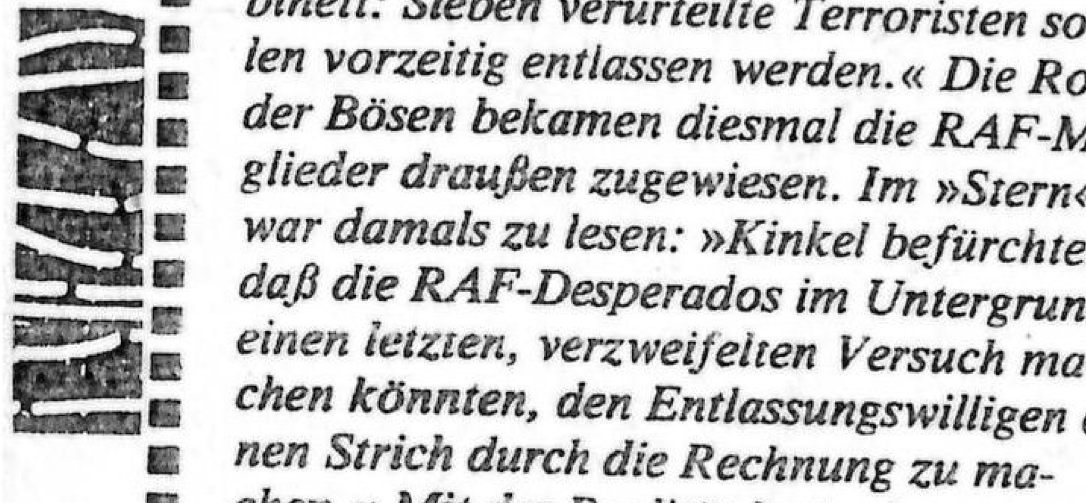
RAF, Helmut Pohl, über die strategischen Auseinandersetzungen zwischen RAF und Gefangenen, das KONKRET-Gespräch mit dem seit Juni 1971 – mit Unterbrechungen – inhaftierten Gefangenen aus der Grundkonzept der RAF und die politische Arbeit unter Haftbedingungen

**Oliver Tolmein**

## Ein Anstoß

*»Der Bundesjustizminister wies auf die nach wie vor bestehenden Querverbindungen zwischen den RAF-Terroristen hin, die sich noch in Freiheit befinden, und denen, die in den Gefängnissen sitzen.« Als die »Süddeutsche Zeitung« das im April 1991 nach dem Anschlag auf den Treuhandmanager Karsten Rohwedder schrieb und damit die alte Mär von der sogenannten »Zellensteuerung« der Attentate der RAF erneuerte, wußte man im Hause Kinkel – anders als in der bundesdeutschen Öffentlichkeit – bereits sehr gut, was das herausragende Thema dieser »Querverbindungen« war: Zwischen Gefangenen und RAF gab es eine auf verschlungenen Wegen mühselig ausgetragene Kontroverse über die Einstellung des bewaffneten Kampfes. Der Nachricht aus dem Hause Kinkel folgten Razzien, Verschlechterungen der Haftbedingungen für einzelne Gefangene – und ein reichliches halbes Jahr später die Verkündung der »Kinkel-Initiative«: »Informationen aus dem Bundeskabinett: Sieben verurteilte Terroristen sollen vorzeitig entlassen werden.« Die Rolle der Bösen bekamen diesmal die RAF-Mitglieder draußen zugewiesen. Im »Stern« war damals zu lesen: »Kinkel befürchtet, daß die RAF-Desperados im Untergrund einen letzten, verzweifelten Versuch machen könnten, den Entlassungswilligen einen Strich durch die Rechnung zu machen.« Mit der Realität hatte das so wenig zu tun, wie die »Zellensteuerungs«-Behauptung zuvor oder die im Herbst 1993 verbreitete Legende von den »Falken« (zu denen vor allem Helmut Pohl, aber auch Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt gehören sollten), die den bewaffneten Kampf angeblich wieder aufnehmen wollten.*





*Der Desinformationspolitik von Verfassungsschutz, Bundesanwaltschaft und Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) konnten 1992 kurzzeitig authentische Informationen entgegengesetzt werden: Die Justizministerien in Schleswig-Holstein und Niedersachsen genehmigten mehreren Journalisten Interviews mit Gefangenen. Der Frühling war von kurzer Dauer: Was die Gefangenen in Celle (s. z.B. KONKRET 6/92) und Lübeck durften, wurde denen in Köln-Ossendorf, in Bielefeld, in Stuttgart-Stammheim, in Frankfurt oder Aichach noch lange nicht erlaubt. Und parallel zu den Entlassungen von RAF-Gefangenen, die zumeist über zwanzig Jahre gesessen oder die ihre Strafe vollständig verbüßt hatten, wurde die Haftdauer für andere durch die neuen Kronzeugen-Prozesse drastisch verlängert. Auch die Bedingungen für die, die noch inhaftiert sind, wurden eher schlechter als besser: Bei manchen, die in der Presse seitdem als »Hardliner«, als die »eigentlichen Drahtzieher des Terrors« (»Spiegel«) eingestuft werden, verschärfte man die Briefzensur und versagte Besuchsgenehmigungen. Maßnahmen, die eine Auseinandersetzung von Gefangenen mit »draußen« ermöglichen könnten, stehen schon lange nicht mehr auf der Tagesordnung.*

*Das hier veröffentlichte Gespräch mit Helmut Pohl ist seit langem das erste, das von einem Landesjustizminister genehmigt worden ist: Die Prozedur, vom Antrag über ein erstes Vorgespräch mit der Knastleitung, die Verhandlungen mit der Ministerialbürokratie bis zum Gespräch, dauerte Monate. Vor allem unsere Forderungen, das Interview nicht unter Polizeiaufsicht führen zu müssen und ein Aufnahmegerät benutzen zu dürfen, stießen auf Widerstand der Bundesanwaltschaft. Kay Nehm und seine Leute möchten das Informationsmonopol über das, was die Gefangenen angeblich denken, gerne behalten – um so ad libitum »Hardliner«-Fraktionen gründen und wieder auflösen zu können. Die Ministerien anderer Bundesländer, die Interviewanträge auch von Medien, die sich um die Staatssicherheit durchaus verdient gemacht haben, immer noch strikt abblocken, sind dabei gerne behilflich.*

*In Berlin hat anläßlich des 20. Todestages von Ulrike Meinhof ein erstes öffentliches Gespräch unter Leuten stattgefunden, die an der Gründung der RAF beteiligt waren oder die sie damals politisch kritisiert haben. Das war ein wichtiger Ansatz, den fortzuführen dadurch erheblich erschwert wird, daß noch etliche, die in den Jahren nach den ersten Verhaftungen den bewaffneten Kampf fortgeführt und damit linke Politik nachhaltig beeinflußt haben, auf Jahre hinaus im Knast sitzen. Das Gespräch mit Helmut Pohl, das einen Einblick in die strategischen Auseinandersetzungen zwischen RAF und Gefangenen im Vorfeld der Zäsur des Jahres 1992 ermöglicht, ohne den Anspruch zu erheben, »die Wahrheit« über die bewaffnete Politik der 80er Jahre zu enthüllen, ist deswegen als Anstoß gedacht, die Situation in den Knästen auf die Tagesordnung zu setzen: damit endlich eine offene Debatte über diese Phase linksradikaler Politik stattfinden kann.*




zum frauenhandel

wir haben in dem hannoverschen anzeigenblatt "der heiße draht" (im folgenden hd) nicht nur annoncen von frauenhändlern selbst gefunden, sondern auch anzeigen des hd, in denen deutsche leser aufgefordert werden, ihre anzeigen über die vermittlung des hd in russischen zeitungen aufzugeben.

in unserer gruppe entspann sich eine diskussion darüber, ob der hd selbst zu einem teil des frauenhandels geworden ist oder sich weiterhin 'nur' auf der ebene des profiteurs befindet. außerdem diskutierten wir (ohne konsens), ob eine mögliche arbeit gegen den hd bzw. gegen die vermittlungsanzeigen den russischen frauen eine einwanderungsmöglichkeit nehmen würde, die ihnen bessere ausgangsmöglichkeiten bietet, als die 'vermittlung' über einen heiratshändler.
da wir in unserer gruppe zu keinem gemeinsamen ergebnis kommen konnten, haben wir die wesentlichen argumente in form eines gespräches aufgeschrieben und geben sie zur weiteren diskussion frei (... und hoffen, was von euch zu lesen ...).

X: die erste frage ist doch wohl, was das überhaupt ist, wenn der hd anzeigen von frauenhändlern veröffentlicht. sind die macherInnen des hd damit schon teil des frauenhandels oder 'unterstützen' sie es 'lediglich'?

Z: also, ich finde, wenn der hd anzeigen veröffentlicht, in denen er deutsche männer anwirbt, über anzeigen in russischen zeitungen russische frauen kennenzulernen, die deutsche männer heiraten wollen -angeblich-, daß sie damit ganz genau teil des frauenhandels sind, und zwar aktiver teil. weil genau das die methode ist, kunden zu suchen.

X: ja, und was da einfach auch das typische ist, ist, daß nur frauen an männer vermittelt werden und nicht andersrum.

Z: ja, und es werden auch keine deutschen männer gesucht, die demnächst mit einer russischen frau in rußland leben wollen und sich dort eine existenz aufbauen wollen. es werden ausschließlich männer gesucht, die hier eine frau haben wollen ... ihre ware hier her schaffen wollen ...

Y: ich finde das alles, was ihr gesagt habt, im prinzip richtig. trotzdem, glaube ich, sehe ich immer noch einen unterschied zwischen professionellen händlern und diesem werben für anzeigen in solchen partnerzeitschriften, was eben beschrieben worden ist. denn die professionellen händler üben ja auch auf der ebene druck auf die frauen aus, daß eine heirat zustande kommt, dann auch finanziellen druck, und der ausgangspunkt, von dem aus ich ins schleudern gekommen bin, ist, daß es immer wieder frauen gibt, die es für sich als einen weg sehen, in die brd zu kommen, also die heirat mit deutschen männern, und da ist dann für mich die frage, welche möglichkeiten sie dazu haben. ich denke, daß es irgendwie noch die bessere möglichkeit ist, sich selber jemanden aus einer zeitung raus zu suchen und eigentlich an jedem punkt des ganzen immernoch entscheiden zu können: das will ich oder das will ich nicht. also, daß sie sich aus dieser zeitung erstmal jemanden aussuchen können und nicht zu einem heiratshändler gehen, da in einen karteikasten kommen und dann selber ausgesucht werden.

Z: wobei das spekulationen deinerseits sind, du weißt nicht, für wen der kundenstamm geschaffen wird und was da läuft, ob das von einer 'freien' leserInnenschaft oder auch von vor ort tätigen frauenhändlern genutzt wird.

Y: ja stimmt, das wissen wir nicht, aber es besteht die eine wie die andere möglichkeit, und in dem moment, wo diese möglichkeit da wäre - ja, es fallen mir wenig andere möglichkeiten ein, wie die frauen das in dem moment, wo sie sagen, sie wollen einen deutschen mann

heiraten, um in die brd zu kommen, - wie sie das unabhängiger regeln könnten ...

X: ... auf grundlage etzeslage ...

Y: ja, natürlich.

X: ja, das ist aber das, was wir schonmal hatten, daß es einerseits ganz klar so etwas wie eine individuelle lösung gibt. da haben wir ja auch mehrfach drüber geredet, daß es dann einfach einzelne gibt, wo auch auf bedingungen geachtet werden kann, oder wo die sachen dann auch möglich sind, aber diese einordnung des ganzen in den frauenhandel begreifen wir immer in dem gesamtzusammenhang, daß natürlich hier die ganzen sondergesetze abgeschafft werden müssen, und daß wir uns im zusammenhang mit diesem kampf begreifen.
und was da passiert, ist ja auch was typisches, nämlich purer rassismus, wenn dann da in der anzeige steht: "ihre russische traumfrau", und dann ist das alles son bißchen die frage nach dem kleineren übel, aber ich finde es ist die frage, ob wir da überhaupt so rangehen können.

X: der scheinbare unterschied zu dem, was allgemein als frauenhandel/frauenhändler anerkannt wird, sieht erstmal so aus, als hätte der hd -was du ja auch vorhin meintest- nicht den direkten zugriff auf die frau ... denn sie ist ja nicht in den geschäftsräumen des hd und kriegt da die papiere abgenommen ... aber ich finde das ist eine methode, damit ganz einfach geld zu verdienen und sich endgültig nicht die finger schmutzig zu machen.

Z: außerdem hat der hd doch auch anzeigen von frauenhändlern drin ...

X: ja, das doch sowieso.

Y: das finde ich ja auch nicht die frage, damit habe ich auch keine probleme - zu fordern, daß die anzeigen von kommerziellen händlern rausfliegen ...

Z: ... aber was macht denn den unterschied zu 'kommerziell' aus, denn der hd verdient ja damit geld, der hd -das wissen wir- schaltet nicht eine einzige anzeige aus irgendeinem höheren beweggrund, sondern alle, um damit geld zu verdienen, und sei es nur, um eine bestimmte leserschaft zu haben. und deshalb weiß ich nicht genau, wo die grenze ist, zwischen 'kommerziell' und 'nicht-kommerziell' es ist doch kommerziell, weil der hd damit geld verdient.

Y: naja, ich finde es auf der anderen ebene kommerziell, also das, was ich vorhin gesagt habe mit der abhängigkeit, in die sich die frauen begeben, und diesem anbieten der ware 'anzeige'.

Z: aber sie bieten auch die übersetzungen an, ist im preis inbegriffen, und aus dem text läßt sich entnehmen, daß die in der aufbauphase sind. im moment wirkt es noch harmloser als es vielleicht in einem halben jahr wirken wird.

X: die problematik läßt sich aufteilen: bisher hatten wir immer den fall - was ist mit zeitungen oder ähnlichen publikationen, die eindeutig anzeigen von frauenhändlern abdrucken, wie ist gegen die vorzugehen? und was ja klar ist, daß solche anzeigen eine ziemlich wichtige rolle im frauenhandel spielen. das ist der weg über den sie ihren markt eröffnen. ohne dieses mittel 'zeitung' wird es nicht so gut funktionieren, wie es das im moment tut. das bedeutet, werbeanzeigen sind ein notwendiger bestandteil des frauenhandels. und das bedeutet, daß man diese zeitungen, die solche anzeigen abdrucken, auch angehen kann. sie verdienen geld daran, sie sind ja keine karitativen einrichtungen und sie haben einen aktiven part in dem ganzen.
siehst du das auch so, oder siehst du das anders?

Y: du meinst jetzt erstmal zeitungen, die anzeigen von händlern veröffentlichen?

X: ja, von diesen sonntagsblättern bis zur haz. wo dann steht, "herr sowieso bietet thailänderinnen an", diese üblichen dinger. es ist ja hier in der brd eine sehr gängige methode, sowas öffentlich zu machen und dann zu versuchen, druck aufzubauen, die zeitungen anzusprechen und zu sagen: wißt ihr überhaupt was ihr da macht? - und:-das ist scheiße! usw. damit gab es ja durchaus auch erfolge (vgl. agissra-aktionen).
der knackpunkt ist ja, daß einige von uns sagen, der hd wird selber aktiv, also, er verdient nicht nur nebenbei geld daran, sondern steigt ins geschäft ein, indem er für die vermittlung von anzeigen wirbt, und betreibt aktiv frauenhandel, wird somit zum händler.

Z: ja, und zwar zu einer neuen form von frauenhändler -das ist vielleicht - wahr- vielleicht gibt es das so noch nicht, das kann sein ...

X: aber weg von 'eine struktur anbieten', also von einem profiteur am rande, hin zu einem aktiven frauenhändler.
und im prinzip ist dann die frage, ob wir uns weiter darüber unterhalten müssen, ob wir das alle so werten, oder ob wir uns darüber unterhalten müssen ob es -in häckchen- eine 'saubere'/korrekte form der ehevermittlung in die brd geben kann.

Z: genau, unter all diesen voraussetzungen: ausländische frauen aus den ärmsten ländern werden gegen kohle an deutsche männer vermittelt, damit sie ihr heimatland verlassen und hier als ware herkommen. ob es da was 'korrektes' gibt; denn dann stellt sich die nächste frage, ob es 'nette' frauenhändler gibt unter denen, die inserieren.

X: und ob es erst unter heiratshandel läuft, wenn den frauen die pässe abgenommen werden und wenn sie unheimlich viel kohle zahlen müssen, um hier her zu kommen, bzw. hier her gebracht zu werden, oder ob der frauenhandel nicht doch schon eher losgeht.

Y: ich würde die frage noch etwas anders angehen: ob es überhaupt **auf dieser** ebene eine korrekte form von heirat geben kann. wir hatten das vor länger er zeit mal diskutiert, ob es eine möglichkeit wäre, deutsche linke männer dazu aufzurufen, ehen mit frauen aus anderen ländern zu schließen, damit sie hier ein aufenthaltsrecht kriegen. in dem moment, in dem man grundsätzlich sagen würde, so etwas könnte eine möglichkeit sein, würde ich im hd auch so eine art medium sehen, über das eine kontaktaufnahme möglich sein könnte. es fällt mir sonst wenig ein, wie eine solche kontaktaufnahme anders laufen kann, wenn die frauen nicht schon hier sind.
und deshalb sträube ich mich noch etwas den hd als händler zu sehen, sondern eher schon als profiteur von dem ganzen. also, ein händler ist ja immer interessiert, daß es auch einen vertragsabschluß gibt, und ich sehe den hd mehr in der funktion, daß er sozusagen den platz für den handel vermietet und aus dieser vermietung profitiert, wie zb. jemand einen laden vermietet. er selber aber den handel nicht in der form betreibt, wie ein frauenhändler den handel betreibt, im klassischen sinne.
damit sind wir jetzt wieder an dem punkt, ob es sinnvoll oder möglich ist, über ein größeres oder kleiners übel zu reden. oder ist das alles ein übel und ist alles zu bekämpfen?
ganz provokativ könnte man ja auch sagen, in dem moment, in dem heiratshandel über solche kleinanzeigen läuft - und es sich ausweitet - wird den klassischen händlern, die die frauen unter druck setzen, ein stück weit der boden entzogen.
natürlich ist es auch nicht meine absicht dem hd noch irgendwie den rücken zu stärken. aber, solange die bestehenden gesetze da sind, wird es diese heiraten immer geben und ich finde es schwerpunktmäßig wichtiger, gegen diese gesetze vorzugehen, als gegen dieses 'kleinere übel', was sich im rahmen der gesetze abspielt.

Z: das hört sich ja so an, als wenn frauenhandel reformierbar wäre ...

Y: nee, so meinte ich das gerade nicht ... mehr so, daß frauenhandel aber erst komplett abgeschafft werden kann, wenn die setzeslage anders ist, und daß ich es wichtiger fände gegen die gesetze vorzugehen, als gegen das daraus folgende 'kleinere übel' - ist das verständlich?

X: ich glaube, ich weiß was du meinst. aber ist es nicht auch ein weg, indem du aufdeckst, was es für strukturen gibt, klar zu machen, was hier tatsächlich läuft? also, daß es diese strukturen gibt, weil es diese gesetze gibt? und über sowas sowohl profiteuren tierisch auf die finger zu klopfen, wie leuten, die da ganz aktiv sind auf die finger zu klopfen, und darüber zu versuchen deutlich zu machen, daß das so nicht geht, daß die gesetze und was dahinter steht die absolute schweinerei ist. und das ist doch auch der konsens auf dem wir uns die ganze zeit bewegen. also, daß es einfach auch darum geht zu sagen, die gesetzeslage in der brd ist rassistisch und sexistisch. im prinzip fordert sie so etwas wie frauenhandel heraus, unterstützt ihn und bietet die gesetzliche grundlage für diesen menschenhandel.
und auf dieser ebene sind wir da doch auch rangegangen.
und daß es im prinzip alles nur dazu

beiträgt, daß sich an der situation, so wie sie jetzt ist, also die möglichkeiten, die menschen haben, hier überhaupt noch her zu kommen, dadurch nur noch gefestigt werden - denn es gibt ja diese strukturen, und das funktioniert und fertig, aus. frauenhandel oder menschenhandel werden nicht als negative folgen der gesetze und verhältnisse hier gewertet, daran bricht nichts zusammen, sondern es ist ja genau das, worauf das alles abzielt. weißt du was ich meine?

Y: ja schon, aber es würde andererseits auch nicht zusammenbrechen wenn es frauenhandel nicht gäbe. und meine bedenken sind: in dem moment, wo ich da was machen würde, hätte ich ja die hoffnung, daß es nicht nur was symbolisches ist, sondern auch was bewirken würde; und wenn das maximale ziel wäre, damit nicht nur die kommerziellen händler, sondern auch den hd nicht mehr arbeitsfähig sein zu lassen, oder diese beiden formen des handels zu stoppen, dann hiesse das für die frauen, daß sie auch diese möglichkeit nicht mehr haben.

Z: ich weiß nicht, aber es macht mich ganz nervös, daß ich den eindruck habe, daß du immer davon ausgehst, daß es in irgendeiner weise menschlich korrekt laufen würde - was ich falsch finde - als herangehensweise. ich muß immer davon ausgehen, daß das nicht so ist, finde ich jedenfalls, ansonsten müßte ich auch an andere frauenhändler so herangehen, daß sie menschlich korrekt handeln; und das tun sie nicht.

X: ich würde erstmal sagen, daß es - so wie die asylgesetzgebung momentan in der brd ist und etwaige aufenthaltsbestimmungen etc. - es grundsätzlich keine möglichkeit gibt, daß menschen hier legal herkommen, weil sie einfach hier leben wollen oder weil sie fliehen müssen. und so etwas wie diese ehen, das ist wie ein noch vorhandenes, sehr mieses schlupfloch, aber das ist keine 'möglichkeit', hat jedenfalls nichts mit irgendeiner form von eigener entscheidung zu tun. das nimmt alles weg an selbstgesetzten bedingungen. und deshalb behaupte ich, es gibt einfach keine möglichkeiten mehr, daß menschen, so wie sie sind, als ganze vollkommene personen hier her kommen können. das einzige, was passiert ist, daß menschen - hier frauen - noch stärker in abhängigkeiten getrieben werden und das auch über den weg ehe-zwecks-aufenthalt.

Z: ich finde es auch wichtig klar zu machen, daß der hd eben nicht nur son harmloses anzeigenblättchen ist, am besten noch mit irgendwelchen dubiosen ansprüchen, die es da irgendwann mal vor jahren evt. gegeben hat.

X: was ich immernoch einen ganz entscheidenen punkt finde, ... ehe bedeutet erstmal eine form von nem herrschaftsverhältnis, das ist klar - und hier wird einiges offensichtlich. es geht nicht darum, daß sich irgend jemand großartige gedanken macht, wie man es menschen ermöglicht, hierher zu kommen und hier bleiben zu können, sondern, daß es ganz klar eine geschichte ist, wo frauen aus gus-staaten an deutsche männer vermittelt werden. das reicht für mich schon aus, zu sagen das ist der absolute dreck und das ist handel. das bewegt sich genau auf der gesetzesebene, wie sie hier geschaffen wurde. die verdienen damit geld, was es hier für imperialistische und rassistische gesetze gibt, und das machen die macherInnen des hd auch bewußt ...

X: ... und ich finde auch, so wie diese anzeigen sind, mit den klischees, mit denen sie arbeiten, also dermaßen sexistisch, so werden die abgedruckt und zwar von allen händlern, ist völlig egal, und ich finde, eine zeitung reproduziert dadurch auch so ein bild, indem sie das abdrucken.

Z: wenn wir uns in einem internationalistischen und antipatriarchalen zusammenhang begreifen, dann ist es unser job und unsere aufgabe, gegen die asylgesetzgebung, gegen die ausländergesetzgebung vorzugehen und gegen deren auswüchse. ich finde, so wie sich dieser zeitgeist entwickelt: alles wird ein bißchen humanistischer und alles wird ein bißchen hübscher verpackt - jede form von ausbeutung wird hübscher verpackt - und überall in den büros stellen sie mehr blumen hin, damits den leuten besser geht und, und, und. gerade in diesem zusammenhang finde ich es ungheuer wichtig, solche modernen - mir kommts vor wie eine moderne form des frauenhandels - wie eine pseudo-humanistische ...

X: ... saubere ...

Z: ja, saubere form des frauenhandels. und gerade in dem zusammenhang finde ich es sehr wichtig, genau an dem punkt auch anzusetzen, also deutlich zu machen, daß es nicht unbe-

dingt mehr so läuft, daß irgendwelche frauen auf irgendwelchen straßen weggefangen werden, halb zu tode geprügelt usw., sondern daß es auch 'netter' geht, daß sich die methoden ändern. nachdem ich da nochmal drüber nachgedacht habe, finde ich es einen entscheidenden punkt sich gerade den hd da herauszupicken. das heißt ja nicht, nur das zu machen, sich nur damit zu beschäftigen, und das heißt auch nicht, nicht zb. gegen behörden vorzugehen.

X: der punkt, mit dem ganz schnell argumentiert wird ist diese 'freiwillige entscheidung' diese 'freie auswahl', die frauen dann angeblich treffen können. das ist ein sehr dehnbarer begriff. was ist in dieser welt schon freiwillig, was ist da selbstbestimmt und erst recht in abhängigkeitsverhältnissen ... wir hier haben viele privilegien! wir haben den paß mit dem wir fast überall hinfahren können.

Z: naja, aber was ich auch nochmal finde: egal wie die frauen vermittelt werden, wie 'höflich' oder 'unhöflich' auch immer, das ergebnis, die abhängigkeit vom ehemann und die leistung die er erwartet, erwartet er, egal ob das übern hd gelaufen ist oder über jemand der sich frauenhändler schimpft oder schimpfen lassen muß. sie befindet sich dann einfach in der situation, daß sie sich so oder so zu verhalten hat und diese oder jene dienstleistung zu erbringen hat.

X: vermittelt wird nach wie vor die ware 'frau'.

Z: ja.

X: ja, das sehe ich auch so, und das ist dann ja handel, kennzeichnet den handel und in diesem fall den frauenhandel.

Z: und das finde ich auch in abgrenzung zu dem, was du vorhin gesagt hast mit der überlegung, ob linke deutsche männer ausländische frauen heiraten sollten, da ist die voraussetzung ja eine andere, da hat der mann ja auch keine leistung zu erwarten - keine! das finde ich einen entscheidenden unterschied und nicht vergleichbar.

X: und selbst das bleibt eine notlösung.

Y: es fällt mir schon noch mehr ein zu dem was gesagt wurde, aber das meiste von dem was ich meine sind eher fragen, unklarheiten. zb. weiß ich nicht, ob es richtig ist, das was der hd macht zu stoppen und zu verhindern, solange es keine alternative gibt, solange ich keine alternative anzubieten habe, die besser ist. ich würde so ziemlich alles unterschreiben, was vorhin gesagt worden ist zu den beschissenen bedingungen in heimatländern, zur ehe und zu dem unter-drucksetzen. ich denke das ist den frauen auch ziemlich klar; und trotzdem entscheiden sie sich für diese möglichkeit, weil sie ihre situation in den heimatländern beschissener sehen. und ich kann den frauen nicht sagen: diese entscheidung ist falsch und wir werden alles dafür tun, daß ihr das, was ihr als möglichkeit seht oder als 'schlupfweg', daß das nicht mehr läuft. da, denke ich, müßten andere möglichkeiten geschaffen werden.

X: ich sehe das insofern anders, als ich das gar nicht als angriff gegen die frauen verstehe, und das ist auch nicht mein ziel. ich greife damit nicht die frauen an, die auf welchen wegen auch immer versuchen und es sogar schaffen, hier her zu kommen; sondern ich greife die an, die an den herrschenden strukturen einen reibach verdienen. und das einzige was sie machen ist, die ganzen vorhin genannten bilder zu festigen und voranzutreiben - und die greife ich an; und es liegt in unserer verantwortung wie wir das nach außen vermitteln.
das ist aber auch unser konsens, daß wir sagen: die gesetze so wie sie sind, und die verhältnisse, so wie sie hier in diesem land herrschen, produzieren frauenhandel, produzieren menschenhandel.
und dann gibt es auch noch welche, die finden das völlig richtig, weil es sowieso in ihr weltbild paßt und weil sie sowieso nur geld machen wollen, egal mit was. und das greife ich an und nicht die frauen! ich meine, wenn ich für mindestlöhne eintrete, greife ich auch nicht die menschen an, die entgarantiert aufm bau arbeiten. was ich daran angreife, ist die struktur, die an dieser absolut massiven form der ausbeutung verdient - und das liegt dann daran, wie ich es vermittele, welche inhaltliche position ich dazu rüber bringe und wie eindeutig die ist.
wenn ich mitkriege, daß jemand menschen für 3,2o arbeiten läßt ohne irgendeine absicherung und sobald es streß gibt zeigt er die leute selber an, dann würde ich auch sofort sagen: den kannste dir abends im park schnappen und verkloppen! damit greife ich auch nicht diejenigen an, die sich da durchschlagen.

Y: ich finde an dem punkt stellt sich die frage, was willst du damit, daß du solche leute angreifst, bewirken? und in dem moment, in dem du damit bewirken willst, daß es so nicht mehr weiterläuft bzw. das, was bei den händlern oder der zeitung an frauenhandel läuft, zu verhindern, an dem punkt

trifft für mich das positive - die verantwortlichen anzugreifen - zusammen mit dem negativen - den frauen diese möglichkeit hier her zu kommen zu nehmen - . immer vorausgesetzt, das was du machst, ist so effektiv, daß du wirklich was verhindern kannst.

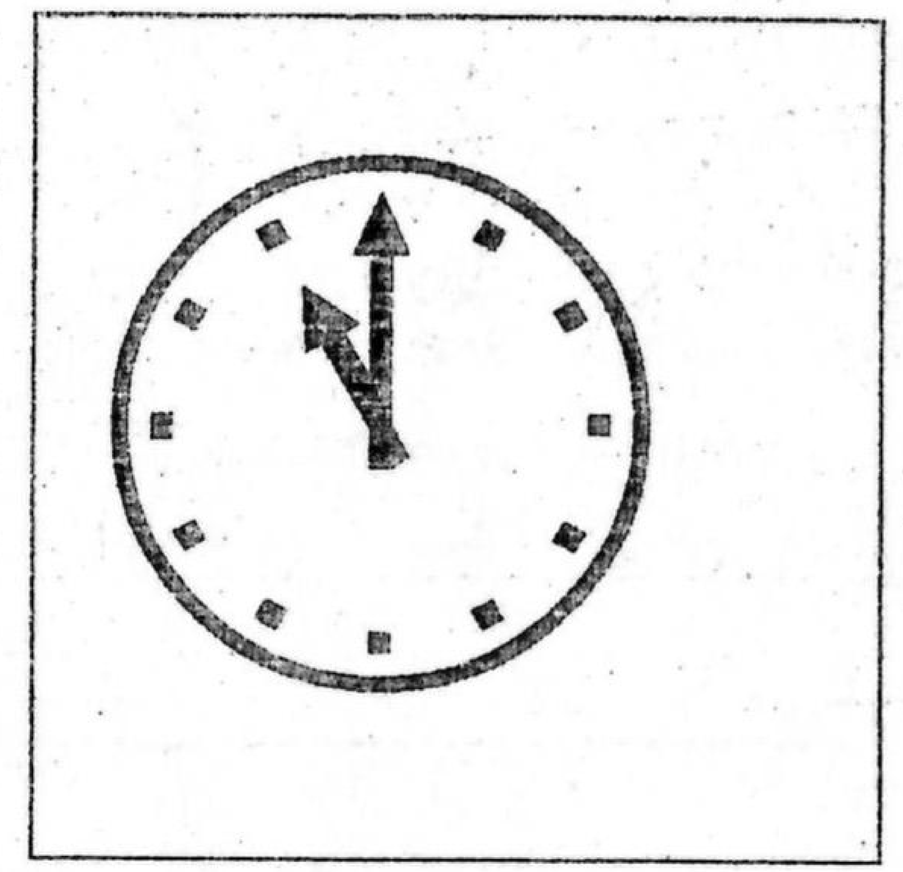
X: es geht darum, den profiteuren und frauenhändlern klarzu_machen, daß man sie sozusagen 'im auge hat': das läuft nicht einfach so. es geht darum, gegen sie persönlich vorzugehen. und auf der anderen seite geht es darum, ein bewußtsein zu schaffen oder zu schärfen für die verhältnisse wie sie hier sind, natürlich im hinblick auf revolutionäre veränderungen. bei uns ist doch auch für jede einzelne klar, daß sie sich an anderen punkten in proteste etc. einbringt, für jede einzelne gilt, daß sich die auseinandersetzung mit den verhältnissen nicht in diesem punkt erschöpft. ich glaube durchaus, wenn sich welche schwerpunktmäßig auf frauenhandel beziehen, daß es möglich ist, daran sehr viel aufzuzeigen und effektive arbeit zu leisten, um die verhältnisse zu verändern.

einige feministinnen

**Liebe GenossInnen, liebe AntifaschistInnen,**

**Mörder leben länger - Kundgebung bei einem Nazimörder Teil II 29. Juni !!**

Am Samstag den 29.Juni wollen wir euch zu einer erneuten Kundgebung bei einem Nazimörder einladen. Im November 95 hatten wir zusammen mit AntifaschistInnen aus Holland eine Überraschungsfahrt zu dem SS-Mörder Hubertus Bikker in Hagen organisiert. Die Zeit drängt und wir wollen euch deswegen erneut zu einer Kundgebungsfahrt zu einem vergessenen Kriegsverbrecher einladen. Unter der Parole "Mörder leben länger" Kein Vergeben - Kein Vergessen rufen wir euch auf, mit uns zu dem Versteck zu reisen. Die deutsche Justiz hat unsere Zielperson wie soviele andere der Schergen glatt vergessen. Nicht alle der hochbelasteten Mörder wurden von der "Stillen Hilfe" oder vom Vatikan auf der "Rattenlinie" außer Landes gebracht, nicht alle sind in Lateinamerika untergetaucht. Viele der Mörder gingen nach dem Krieg einfach seelenruhig nach Hause und in ihre Berufe zurück, als wäre nichts geschehen. Ein Blick in die Telefonbücher hätte den deutschen Justizbehörden genügt, die Täter aufzufinden, aber die Justiz des kalten Krieges hatte wenig Interesse an der Strafverfolgung in diesen Fällen. Die offizielle Feindlinie hatte sich im kalten Krieg ohnehin wieder auf die alten Koordinaten, auf den Kampf gegen den Kommunismus, verschoben. Erst der Druck des Auslandes, besonders der Eichmann-Prozeß führte dazu, daß deutsche Gerichte SS-Mörder überhaupt anklagten.



Unsere Reise wird uns diesmal nach Rheinland-Pfalz führen. Um sicherzustellen, das der Mörder zu Hause ist und nicht von seinen Verwandten versteckt wird, werden wir den Zielort erst sehr spät bekannt geben. Wir reisen mit dem "Schönes Wochenende-Ticket" der Bundesbahn und bitten euch in den Zug SE 3549 einzusteigen. **Wir starten pünktlich mit dem Zug 16.30 Uhr Gleis 1 am Wuppertaler Hauptbahnhof. Zusteigmöglichkeit ist um 17.09 Uhr in Köln**. Kommt rechtzeitig zum Bahnhof, damit ihr euch die Fahrkarten besorgen könnt!!! Im 5. Waggon werden weitere Hinweise gegeben. Am Zielbahnhof werden zwei Busse uns in eine kleine Stadt bringen, in der der Mörder seit über 40 Jahren unbehelligt lebt. Da es relativ ländlich wird, bringt bitte feste Schuhe und Wanderausrüstung mit...
**Wir haben nicht mehr viel Zeit, die alten Faschisten und Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen.!**
**Kommt alle. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.**
**29. Juni 16.30 Uhr HBF Wuppertal - 17.09 Uhr Köln**

**Autonome AntifaschistInnen aus Wuppertal**

P.S Wir sind zu erreichen über den Infoladen Wuppertal Brunnenstr.41, 42105 Wuppertal, Tel./Fax.: 0202 /311790 AK "Mörder leben länger"
Bitte meldet euch wegen der Busse rechtzeitig an..

Ermittlungsausschuß Gorleben
c/o Bürgerinitiative Umweltschutz
Drawehnerstr. 3
29439 Lüchow

Telefon bei Aktionen: 05843/7642
und sonst: Tel. & Fax 05849/1209
oder Tel. 05843/ 7436

Solidaritätsrechtsschutzkasse (Prozeßkostenhilfe): EA Gorleben, Volksbank Clenze, Kto.Nr. 129 45 300

Liebe QUER STELLER und QUER STELLERINNEN !!

Noch ist es nicht an der Zeit einen Abschlußbericht zu schreiben, jedoch möchten wir Euch über die nächsten geplanten Schritte informieren.
Haben wir uns bislang darauf "beschränkt" nach Aktionen die Beratung und Begleitung von Strafverfahren zu übernehmen, so wollen wir diesmal in die Offensive gehen.
Wir haben alle den brutalen Polizeieinsatz erlebt, es hat über 500 vorläufige Festnahmen bzw. Ingewahrsamnahmen gegeben und laut der bisher eingegangenen Gedächnisprotokolle und den Berichten der Ärzte und Sanis über 80 Verletzte.
Das Innenministerium kündigt eine harte Strafverfolgung an - wollen wir doch mal sehen!
Unseres Erachtens sind die Straftaten im Wesentlichen von Polizei und BGS ausgegangen: Kessel, Schlagstockeinsätze, Fausthiebe aus der zweiten Reihe, Fußtritte auf am Boden liegende, WaWe-Einsatz ohne Ankündigung, Sachbeschädigungen u.s.w.
Das alles wollen wir zusammen mit Euch zur Strafanzeige gegen die Polizei bringen.

Was wir dafür brauchen sind ausführliche Gedächnisprotokolle,(Ort, Datum, Zeit), mögl. die beteiligten Polizisten (aus welchem Bundesland, welche Einheit, PKW Kennzeichen), die Namen und Anschriften von ZeugInnen, wenn es welche gibt, die Euch bekannt sind, einen detaillierten Verlaufsbericht, ggf. ärztl. Attest sowie Euren erklärten Willen Strafanzeige zu erstatten und später dann eine Vollmacht für eine/n AnwältIn.
Anzeigen gegen die Polizei sind in der Bewegung immer eine umstrittene Angelegenheit gewesen, haben sie doch in der Vergangenheit den/der Anzeigenden oft selbst eine Strafanzeige eingehandelt und sei es wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung oder so. Zumeist haben wir davon abgeraten.
Bei diesem Castortransport hat der Atom- und Polizeistaat eine seiner häßlichsten Fratzen gezeigt. Verfälschte Pressemitteilungen der Polizei haben ein Bild von gewalttätigen, randalierenden DemonstrantInnen in die Medien lanciert. Darum halten wir es für sinnvoll ein Gegenöffentlichkeit zu schaffen, um gegen diese unglaubliche Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne unseres Widerstandes anzugehen.
Ein weiteres Argument gegen Anzeigen war auch immer die Vermutung, daß wir damit der 'Gegenseite' nur Material an die Hand geben, um ihren Einsatz „rechtsstaatlicher", besser und effektiver organisieren zu können.
Sicher hat die Polizei aus dem Castor-Transport 1995 gelernt und ihre Strategie geändert. Dennoch haben wir alle erlebt, daß sie an der Grenze ihrer Organisationsfähigkeit sind. Ohne den Boden der Legalität zu verlassen, ist der Apparat schlichtweg nicht in der Lage, gegen 10.000 DemonstrantInnen unter Wahrung demokratischer Prinzipien diese Transporte durchzuführen. So wird ihnen hier der ein oder andere Hinweis aus Anzeigen nicht nützen.
Was aber für jede und jeden persönlich zu bedenken ist: mit der Anzeige liefern wir unsere Namen ab, wer ab Montagnachmittag bei einer unangemeldeten Demonstration auf der Transportstrecke war, handelt sich u.U. eine Ordnungswidrigkeit wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz mit der Folge einer Geldstrafe ein (hier ist abzuwägen, wie schwerwiegend der polizeiliche Übergriff war und wie gut das Belastungsmaterial ist).
Und letztlich muß uns bewußt sein, daß trotz der Schwere der Vorwürfe „natürlich" ein großer Teil der Verfahren gegen die Polizei eingestellt werden wird.

Dennoch wollen wir es versuchen und Ende Juni der Staatsanwaltschaft in Lüneburg einen ganzen Packen Anzeigen in einer gemeinsamen Aktion übergeben.

Wir hoffen sehr auf große Beteiligung und erwarten eine Riesen - Papier - Flut

Atomfeindliche aber solidarische Grüße von euren EA 'lerinnen

Mai 1996

## Pressemitteilung

Nach Auswertung der Aktionstage vom 04. - 09. Mai '96 gegen den Glaskokillentransport nach Gorleben, kommen wir zu folgender Bilanz:
510 Demonstrantinnen und Demonstranten wurden in diesen Tagen in polizeilichen Gewahrsam genommen bzw. festgenommen.
Die Vorwürfe lauteten: Gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Vermummung), Gefangenenbefreiung, u.ä.
Das Recht auf Protest gegen diesen Transport wurde von der Polizei massiv behindert. So wurden an verschiedenen Stellen Vorkontrollen zur Personalienfeststellung, ohne richterliche Anordnung, durchgeführt. Folge war, daß einige Reisebusse, die auf dem Weg zur angemeldeten Kundgebung waren, stundenlang aufgehalten wurden.
Viele Trecker wuden überhaupt nicht durchgelassen oder derart demoliert, daß sie fahruntüchtig waren.
In zwei großen Polizeikesseln in Karwitz und bei Neetzendorf wurden Hunderte von DemonstrantInnen z.T. länger als acht Stunden rechtswidrig festgehalten.
Zur Erinnerung: es gab zu den Zeiten kein Demonstrationsverbot.
Friedliche Sitzblockaden wurden mit brutaler Gewalt geräumt oder mit Wasserwerfereinsatz aufgelöst. Zudem war den Wasserwerfern - verbotenerweise - an einigen Orten CS Gas beigemischt.
Es kam zu zahlreichen Rechtsbrüchen durch die Polizei.
Ein Teil der DemonstantInnen wurde ohne richterlichen Beschluß, den das Nds. Gefahrenabwehrgesetz verlangt, länger als acht Stunden unter entwürdigenden Bedingungen festgehalten (stundenlanges Gefesselt -Sein, kein Toilettenzugang, keine ärztliche Versorgung, Bedrohungen psychischer und körperlicher Art...).
VerteidigerInnen wurden in ihren Rechten behindert, indem sie nicht zu ihren Mandantinnen vorgelassen wurden oder mit Falschaussagen von der Polizei abgwiesen wurden.
Bis jetzt haben sich 85 verletzte Personen bei uns gemeldet.
Im Dannenberger Krankenhaus wurde allein am Tag X 20 Personen ambulant und weitere acht stationär behandelt. Die Verletzungen reichen von leichten Prellungen und Platzwunden bis hin zu ausgekugelten Schultern, schweren Blutegüssen, Rippenbrüchen, Augenverletzungen und Gehinerschütterungen unterschiedlichen Grades (alle Verletzungen sind u.a. auch durch die Wasserwerfereinsätze entstanden).

Von staatlicher Seite wird uns nun eine Flut von Bußgeldbescheiden und Anklageschriften angedroht.
U.E. sind die Staftaten in diesen Tagen jedoch hauptsächlich vom BGS und der Polizei verübt worden.
Um dieses öffentlich zu machen, wird im Wendland derzeit eine große Strafanzeigensammlung gegen die Polizei gestartet.
Der Polizeieinsatz - einer der Größten in der Geschichte der BRD - sollte sicherlich der Einschüchterung von DemonstantInnen dienen. Über zahlreiche Rückmeldungen entsteht bei uns der gegenteilige Eindruck:

Ihr Konzept ist nicht aufgegangen!

Die ausgelöste Wut und Empörung wird bewirken, daß wir beim nächsten Tansport - so er denn kommt - noch mehr Menschen sein werden, die sich

QUER STELLEN.

Ermittlungsausschuß Gorleben Mai 1996

## Veranstaltungsreihe „Der DDR-Antifaschismus“

Veranstaltung und Diskussion mit

**Fred Löwenberg,**

Vorstandsmitglied der VdN,
zu den
Kampagnen der DDR gegen
NS-Funktionsträger im
westdeutschen Staatsapparat
1959 bis 1968

Moderiert von der
Antifaschistischen Aktion Berlin

**am So, den 16. Juni
um 19.30 Uhr
im Kulturhaus Mitte,**
Rosenthaler Str. 51, Mitte (U8-Weinmeisterstr.)



Antifaschistische Aktion Berlin, organisiert in der AA/BO

**Im Jahre 1960 waren in der Bundesrepublik 1200 NS-Richter, 2100 Wehrmachtsoffiziere, 600 ehemalige Polizei und Gestapoführer, 120 „Ribbentrop“- Diplomaten und 230 ehemalige Wehrwirtschaftsführer in Amt und Würden. Frühere NS-Funktionsträger dienten der Bonner Republik vom kleinen Beamten bis zum Bundesminister. Tausende von Soldaten, Justizangestellten, Polizisten und Lehrern sorgten für einen personellen Fortbestand des Dritten Reiches. Diese Umstände trugen zum berüchtigten muffig-reaktionären Klima der Adenauerzeit bei, in der Arbeitseifer, Konformität und Konsumzwang zur Verdrängung der NS-Verbrechen beitrugen.**

**Im Gegensatz dazu hatte in der SBZ/DDR eine konsequente Umwälzung im Beamtenapparat stattgefunden: Die alten Polizeistrukturen wurden bereits im Juli 1945 vollständig aufgelöst, 80% der Richter und Justizangehörigen entlassen und die Lehrerschaft fast komplett ausgetauscht. Als Polizisten, Richter und Justizbeamte dienten nun bewährte Antifaschisten und Antifaschistinnen, darunter viele ehemalige KZ-Häftlinge, und unbelastete Angehörige des Proletariats.**

Neben die neue, ökonomische Ordnung trat ein neuer Staat, der seine Legitimität durch den Bruch mit den reaktionären Traditionen des deutschen Beamtentums bewies. Ende der Fünfziger Jahre befand sich dieser Staat ökonomisch und diplomatisch bereits in der Defensive. Die wirtschaftliche Destabilisierungspolitik Westdeutschlands und die Hallsteindoktrin, die das diplomatische Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik beanspruchte, schädigte die DDR und isolierte sie international.

Die antifaschistischen Kampagnen der Sechziger Jahre waren die Antwort an ein Westdeutschland, das die Funktionseliten und Apparate des NS stillschweigend integrierte und für hegemoniale Politik zu nutzen suchte. Die Kampagnen bezogen sich vordergründig auf ehemalige NSDAP- Mitglieder und Funktionsträger in hohen Positionen des Bonner Staatsapparates, zielten aber eigentlich auf die Gefahr der faschistischen Reorganisierung im Zuge von Wiederbewaffnung, „Wirtschaftswunder“- Organisation und antikommunistischer Mobilisierung.

Anhand der Kampagnen gegen den damaligen Bundesvertriebenenminister Oberländer (1959/60), der u.a. als Wehrmachtsoffizier Anteil an der Ermordung tausender Juden im besetzten Lemberg (Ukraine) hatte, gegen den Staatssekretär im Kanzleramt Globke (ab 1961), der 1935 die Nürnberger Rassegesetze juristisch kommentierte und gegen den Bundespräsidenten Lübke (1965/66) der beschuldigt wurde, am Bau von Rüstungs- und KZ-Anlagen verantwortlich beteiligt gewesen zu sein, wird sich diese Veranstaltung mit der Legitimität und den Ergebnissen dieser Kampagnen auseinandersetzen. Die Westkommission der DDR, die die Kampagnen koordinierte resümierte damals: „Die Aktionen gegen die Blutrichter und Hitlergeneräle, die Oberländer und Globke haben dazu beigetragen, die Adenauerregierung zu isolieren, zeitweilige politische Krisen auszulösen und die Sammlung der antifaschistischen Kräfte zu fördern.“

Ob gerade letztes Ziel wirklich erreicht wurde, werden wir mit Fred Löwenberg, der die Kampagnen im Westen erlebte, später in die DDR übersiedelte und heute Vorstandsmitglied der Organisation „Verfolgte des Naziregimes (VdN)“ ist, diskutieren.

**Liebe GenossInnen,** **Bonn, den 3.6.96**

der Demotermin rückt immer näher, die Stadt rotiert, wir mit und ihr bekommt noch mal Post aus Bonn. Der Stand ist im Moment, daß es am 15.6. 6 Auftaktkundgebungen, bzw. Sammlungsorte geben wird. Der DGB wird davon 5 Auftaktveranstaltungen inhaltlich bestimmen, das Bündnis gegen Sozialabbau eine. **Diese Kundgebung wird entgegen bisherigen Verlautbarungen um 10.00 Uhr beginnen. Der Demozug wird sich dann zwischen 12.30 und 13.00 in Bewegung setzen.**
Wir wissen aber nicht ob das auch der tatsächliche Stand dann am 15.06. sein wird. Im Moment ändert sich die Lage nahezu täglich. Die Bullen versuchen die Auftaktkundgebung des Bündnisses auf die grüne Wiese abzudrängen. Wir halten aber an dem Bonn-Beueler Bahnhof **10.00 Uhr** fest.

**Vorbereitungstreffen**
Es wird in Bonn am 9.6. um 12.00 Uhr ein Vorbereitunstreffen geben. Ich weiß es ist sehr knapp für euch das noch zu organisieren. Die Städte die ausdrücklich ein Treffen gewünscht haben, müßten diese Information auch schon per Telefon erhalten haben. Am 8.6. findet in Bonn noch ein letztes Treffen des gesamten Bündnisses „Sternmarsch gegen den Sozialabbau" statt. Da dort die letzten Entschlüsse sowohl für die Auftaktkundgebung als auch die Rede des Bündnisses bei der DGB-Abschlußkundgebung verabschiedet werden, halten wir es für sinnvoll, wenn daran auch Leute aus anderen Städten teilnehmen könnten. Das läßt sich dann ja auch gut mit dem Vorbereitungstreffen vereinbaren. Für jene die schon am Samstag kommen werden wir Schlafplätze organisieren. Gebt uns nur Bescheid, zu wievielt ihr kommt.
**Anreise**
Ob die Möglichkeit mit dem DGB nach Bonn zu kommen noch bsteht ist den Gewerkschaftsgruppen vor Ort überlassen. Der DGB gibt die Empfehlung raus alle die mit wollen auch umsonst mitzunehmen. Wir haben aber schon von einzelnen Städten gehört, daß das gar nicht oder nur gegen Kohle geht. Kümmert euch also rechtzeitig und mit Geschick vor Ort darum. Wenn ihr mit dem DGB kommt ist nicht sichergestellt, daß ihr auch zu unserer Auftaktkundgebung nach Beuel gekarrt werdet. Aus diesen Grund liegt dem Schreiben ein Stadtplan und ein ÖPNV-Plan bei. Auf dem Stadtplan ist unser Auftaktkundgebungsort mit einer 1, der Ort der Abschlußkundgebung mit einer 2 gekennzeichnet. Die übrigen Sammlungsorte haben einen Kringel mit Kreuz. Solltet ihr rechtzeitig in Bonn ankommen habt ihr so die Möglichkeit noch nach Bonn Beuel zu gelangen. Für jene die nicht so zeitig in Bonn sind werden wir bei jedem der Demozüge einen kleinen Block zusammenstellen.
Bitte achtet auf die einschlägig bekannten Zeichen, wie rote Fahnen, unserem Demoplakat (das mit dem Feuerspucker) an einer Stange etc..
Die DGB Busse werden aufgrund des Parkleitsystems der Bullen gekennzeichnet sein. Wenn ihr mit eigenen Bussen kommt ruft uns in der Woche vor der Demo an, damit wir euch darüber mehr sagen können.
**Vorkontrollen**
Sollte es wider Erwarten zu Vorkontrollen kommen ruft bitte den EA an.
**Frauen/Lesbenblock**
Auf der Demo wird es einen Frauen/Lesbenblock geben. Der Block wird ebenfalls von Bonn Beuel aus losgehen. Weitere Informationen könnt ihr über die Adresse Weltladen, Maxstraße 36, 53111 Bonn, oder über das Infotelefon der Vorbereitungsgruppe des revolutionären Blockes bekommen.
**Sanis**
Wenn ihr die Möglichkeit habt Sanis mitzubringen, so bitten wir euch das zu machen. Es hat sich in letzter Zeit gezeigt, daß eindeutig als Sani gekennzeichnete GenossInnen bevorzugtes Ziel von Bullenübergriffen gewesen sind. Wir bitten unsere medizinischen HelferInnen das bei der Kleidung zu berücksichtigen.
**Auftreten**
Da wir nicht wissen, wie sich die Bullen verhalten werden raten wir dazu in Kleidung zu kommen, bzw. Kleidung zum wechseln mitzubringen, mit der wir uns ohne weiteres in die Massen des Gewerkschaftsbundes integrieren können.
**Infotelefon / Kontakt**
Seit dem 1.6. ist das Infotelefon von Montags bis Freitags von 16.00 - 20.00 Uhr besetzt. Wenn ihr also noch Fragen habt könnt ihr uns dort unter der Nummer 0 22 8 / 63 61 51 erreichen. Auch die weiteren Kontaktmöglichkeiten sind geblieben: Post: Buchladen „Le Sabot", Breite Straße 76, 53111 Bonn
Fax: 0 22 8 / 69 51 93

Das war erst einmal alles was wir euch mitzuteilen haben. Wir freuen uns darauf, mit euch zusammen eine kraftvolle, offensive Demo zu machen. Und das mit der Revolution wird dann auch irgendwie klappen. Also solidarische Grüße aus einer völlig überarbeiteten Stadt und **„ her mit dem schönen leben"**

# AUFRUF ZUR DEMONSTRATION AM 15.6.96 IN DRESDEN

## „Repression hat Tradition"

## Widerstand trotz alledem!

Am 14.12.1995 wurde der Dresdner INFO-Laden „Schlagloch" von Beamten des LKA im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft (GBA) durchsucht. Die Razzia erfolgte aufgrund eines Durchsuchungsbefehls des Amtsgerichts Dresden, welcher den Betreibern des INFO-Ladens den Vertrieb der Zeitschrift „radikal" Nr.153 Teil I und II vorwarf und darauf basierend, den Verdacht des Werbens und Unterstützens einer terroristischen Vereinigung (konkret der „Roten Zora") anführte. Zwei Leute wurden zur ED-Behandlung und zum weiteren Verhör mitgenommen und sind nun Beschuldigte nach §129 und §129a. Hierbei handelt es sich um die von der Diakonie offiziell im Jugendtreff „Schlagloch" beschäftigten Sozialarbeiter.
Einen Tag später, am 15.12.1995 fand auf dem Dresdner Weihnachtsmarkt eine Spontandemo statt, um auf die Geschehnisse des vorhergehenden Abends aufmerksam zu machen und um dagegen zu protestieren. Diese wurde von der Polizei als nicht angemeldete Demo verboten und in diesem Zusammenhang ein Versammlungsverbot im Stadtzentrum Dresdens bis einschließlich 26.12.95 ausgesprochen. Es wurden 4 Personen festgenommen und gegen alle TeilnehmerInnen ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Ca. 3 Monate später haben einige Leute, die aufgrund von Videoaufnahmen identifiziert worden sein sollen, Bußgeldbescheide erhalten. Darunter befanden sich auch Personen, die nicht auf der Demo waren, deren Personalien aber bei der Razzia mit aufgenommen worden sind.
Am 15.6.1996 sind die Razzia sowie die verbotene Demo genau ein halbes Jahr her, die bundesweiten Durchsuchungen vom 13.6.1995 jähren sich zum ersten mal. Damals wurden auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) ca. 50 Privatwohnungen, Arbeitsplätze und Arbeitsräume von verschiedenen linken Gruppen, Projekten und Einzelpersonen durchsucht. Grundlage für diese Aktionen waren Ermittlungsverfahren gemäß §129/§129a wegen Unterstützung von bzw. Mitgliedschaft in K.O.M.I.T.E.E., AIZ, radikal und RAF. Vier Männer wurden festgenommen und saßen 6 Monate in U-Haft. Ihnen wurde Beteiligung an der verdeckt hergestellten Zeitschrift „radikal" vorgeworfen. Im Zuge der Ermittlungen wurde ein Mann aus Bremen 5 Monate in Beugehaft genommen, weil er sich geweigert hatte Zeugenaussagen zu machen. Wir wollen diese Geschehnisse nicht in Vergessenheit geraten lassen.

**Info-Veranstaltung zum Sächsischen und Niedersächsischen Polizeigesetz**

Wann: 15.6.1996, 17.00 Uhr
Wo: Club für Dich, Lutherplatz

mit Vertretern der Klage in Sachsen und der Innenpolitischen Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen in Nierdersachsen

Als im Frühsommer 1994 das neue Sächsische Polizeigesetzes verabschiedet wurde,ist eine neue, gesetzlich legitimierte Dimension der Repression erreicht worden. Bis zu 14 Tage Vorbeugehaft, finaler „Rettungsschuß", erweiterte Rasterfahndung sowie Abhörmaßnahmen, die bis zu 3 Tagen ohne richterliche Genehmigung durchgeführt werden dürfen, wurden legalisiert. Sachsen ist mit diesen Maßnahmen dem Polizeistaat und der totalen Überwachung des Menschen einen großen Schritt nähergekommen. Das neue Polizeigesetz war eines der ersten seiner Art in der BRD (Stichwort „Versuchsfeld Osten") und fand bzw. findet in Brandenburg und Niedersachsen viel Nachahmung.
In seinem Urteilsspruch vom 14.5.1996 stufte das Sächsische Verfassungsgericht einige Punkte als verfassungsfeindlich ein. Die Hauptkritik bestand jedoch nicht am Inhalt, sondern an dessen unkonkreter und dehnbarer Formulierung. Daraus läßt sich ableiten, daß wir gar nicht erst auf eine großartige Änderung hoffen brauchen, sondern daß der sächsische Überwachungsapparat im wesentlichen so bestehen bleibt, wie er ist. Daß wir diesen natürlich weder akzeptieren noch tolerieren wollen, ist klar.
Es gibt noch weitaus mehr Ereignisse, die den repressiven Charakter dieses Staates deutlich machen und gegen die wir uns wehren. So wurden im Frühsommer 1995 die beiden besetzten Häuser Manitiusstraße 9 und 12 erst durchsucht, 21 Personen zur ED-Behandlung mitgenommen und später durch Bereitstellung von Ersatzwohnungen von ihren BewohnerInnen „befreit".
Ähnlich erging es dem Autonomen Zentrum „Conni 18 e.V.". Dieses fiel im Sommer 1995, genau am 28.7.1995, einem Brandanschlag zum Opfer, der vom Hausbesitzer initiiert wurde, um sein Hinterhaus „sauberzukriegen". Doch im Gegensatz zur Manitiusstraße erhielt die Conni 18 bis jetzt keine Ersatzangebote. Eine Solidemo , die am 31.7.95 stattfand, wurde von der Polizei brutal aufgelöst. Es gab 35 Verhaftungen. Unter den mitgenommenen Personen befanden sich auffallend viele junge Menschen. Das läßt vermuten, daß es der Staatsmacht vor allem um Abschreckung und Einschüchterung der Soli-Bekundenden ging. Nach einiger Zeit flatterten den Leuten dann auch die Bußgeldbescheide ins Haus.
Im Februar 1996 wurde die Leipziger Stöckartstraße von ca. 300(!) PolizistInnen durchsucht. Im Zug dieser Razzia versuchten StaatsschützerInnen auch andere Wohnungen ohne Durchsuchungsbefehl zu durchwühlen, was sogar teilweise gelang.
Darüber hinaus ist auch der Verfassungsschutz in Sachsen aktiv geworden. In mehreren Städten, darunter Leipzig und Aue, versuchten VS-MitarbeiterInnen Menschen, die sich in linksradikalen Zusammenhängen engagieren, zur Mitarbeit zu überreden.
Das jüngste Ereignis, das uns allen die Unterdrückungsmechanismen dieses Staates wieder einmal vor Augen führte, war die Demonstration in Wurzen am 6.4.1996. Aufgrund des von FaschistInnen besetzten Hauses und den Angriffen auf andersaussehende und andersdenkende Leute, die immer wieder von dort ausgehen sowie auch aufgrund der offensichtlichen Unterstützung durch die Polizei vor Ort, die sich in konsequentem Wegsehen und gewährenlassender Zurückhaltung übt, haben AntifaschistInnen beschlossen, ihren Widerstand auf Wurzens Straßen zu demonstrieren. Kaum hatten die Leute den Bahnsteig verlassen und damit begonnen, einen Demozug zu formieren, prügelten die PolizistInnen los. Nach zähen Verhandlungen und mehreren Prügeleinsätzen wurde dann eine Mini-Route außerhalb des Stadtzentrums und fernab des Faschohauses genehmigt.

Diese Aufzählung von Beispielen der Kriminalisierung und Unterdrückung linksradikalen Widerstandes ist bei weitem nicht vollständig. Kleine und große Schläge gegen unsere politische Arbeit sowie unsere Art zu leben gehören zum Alltag in diesem Land. Genau wie eine Abschiebungspolitik, die Menschen an der Grenze ertrinken läßt, die andere in den Selbstmord treibt, die Menschen, die hier Zuflucht suchen, weil ihnen in ihrer Heimat ein Leben (ein menschenwürdiges Leben) unmöglich ist, in Knäste sperrt und oft genug in den sicheren Tod zurückschickt. Genau wie der systematische Aufbau der „Festung Europa", wie die Abschottung gegenüber den osteuropäischen Ländern, wie die konsequente Ausbeutung der Länder des Trikont.
Daß dieser repressive Alltag keine Erfindung der letzten 25 Jahre ist, sondern eine jahrhundertlange Tradition in Deutschland hat, ist ein weiterer Punkt, auf den wir aufmerksam machen wollen. Bereits 1848/49, in der Zeit der deutschen, bürgerlichen Revolution, wurde der § 129 eingeführt und erstmals 1852 bei den sogenannten „Kölner Kommunistenprozessen" u.a. gegen Karl Marx in einem politischen Kontext angewendet. Weiter ging es mit den Sozialistengesetzen aus dem Jahr 1878 unter Bismarck. Diese „Gesetze gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" beinhalteten das Verbot von sozialdemokratischen, sozialistischen sowie kommunistischen Vereinen, deren Versammlungs-, Druck- und Veröffentlichungsverbot (totale Pressezensur) und die Androhung von empfindlichen Geld- bzw. Haftstrafen für jegliche Unterstützung, egal auf welcher Ebene diese geschah. Im Gegensatz zu den Erwartungen der Gesetzgeber gingen die Sozialdemokraten jedoch gestärkt aus dieser Phase hervor. 1890 wurde das Gesetz nicht mehr verlängert.
Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von einem rechten Mörderkommando umgebracht. Der Terror von rechts ging, von der Regierung geduldet und unterstützt, in den folgenden Jahren unvermindert weiter. Politische Morde waren auch in der „demokratischen" Weimarer Republik an der Tagesordnung. Die Mehrzahl dieser Morde wurden von rechter bis rechtsextremer Seite verübt und die Mörder kamen fast immer straffrei bzw. mit dem Mindeststrafmaß davon.
Nach 1945, der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und somit dem Zusammenbruches des 3.Reiches zeigte sich bald die Kontinuität von reaktionärem und faschistischem Gedankengut, sowie seine Integration in der Gesellschaft. Ehemals führende Nazirichter saßen wieder (oder besser: immer noch) in hohen Positionen. In Regierung, Bildungswesen, Justiz und Militär bekleideten alte Faschisten wichtige Ämter. Nicht allzulange Zeit später wurde das auch in den neuen Gesetzen sichtbar. So wurde die KPD 1956 als verfassungsfeindliche Partei verboten.
12 Jahre später, am 30. Mai 1968, verabschiedete der Bundestag die Notstandsverfassung, die ab dem 28. Juni in Kraft trat. Diese beinhaltet die Möglichkeit des Einsatzes von Streitkräften im Landesinneren , die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie Aufenthaltsbeschränkungen im Falle der Bedrohung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Die Existenz dieser Bedrohung wird vom Bundestag bzw. dem Gemeinsamen Ausschuß durch eine Zweidrittelmehrheit definiert.
In den folgenden Jahren wurden noch weitere Gesetze zur Sicherung des inneren Friedens ausgearbeitet und verabschiedet. Mit der Gründung der RAF und dem damit einhergehenden Beginn des bewaffneten Widerstandes in der BRD wuchs die Angst der HERRschenden. Diese Angst vor dem Verlust des Macht-und Gewaltmonopoles war der Grund für die Aufblähung des Sicherheitsapparates, für die unerbittliche Verfolgung jeglichen radikalen Widerstandes sowie für die Demonstration absoluter Macht im Zuge der Prozesse gegen RAF-AktivistInnen und SympatisantInnen.
Daß dieser Versuch der Darstellung der Tradition der Repression keineswegs vollständig ist, ist ganz klar. Uns ist es jedoch wichtig, diese erst einmal zu thematisieren, öffentlich zu machen und zu zeigen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen, sondern unseren Widerstand gegen dieses System mit seinem Unterdrückungsapparat auch auf die Straße tragen werden.

**WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG UND UNTERDRÜCKUNG DES LINKSRADIKALEN WIDERSTANDES!**
**FÜR AUSSAGEVERWEIGERUNG! GEGEN BEUGEHAFT!**
**FREUNDE VERRÄT MAN NICHT!**
**FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE!**

VENCEREMOS

**KOMMT ZUR DEMO NACH DRESDEN**
**AM 15.6.1996**
**TREFFPUNKT: THEATERPLATZ**
**(nähe Semperoper), 13.00 Uhr**

## Ausstellung ... Fotos und Texte zu Chiapas/Mexiko

### Der lange Weg vom Schmerz zur Hoffnung

Fotos von: David Rosales Alvarez, Emilio Flores G., José Angel Rodriguez, Herby Sachs, Clive Shirley

Die Absicht dieser Ausstellung ist es, einen Blick hinter die Spektakularität der Bilder von aufständischen Maskierten zu lenken, kleine Einblicke in den Lebensalltag jener zu gewähren, für deren Recht auf Würde einige von ihnen sich zu gegebenem Anlaß die Maske über das Gesicht ziehen. Es ist eine Ausstellung die bewußt Stellung bezieht. Es handelt sich um Einstellungen zu und aus verschiedenen historischen Momenten, mit unterschiedlichen kulturellen Blickwinkeln, fokussiert durch die Objektive von 3 mexikanischen und 2 europäischen Fotografen. Sie hält Stimmungen fest, die trotz großer zeitlicher Distanzen auch Übereinstimmungen erkennen lassen. Daneben werden unterschiedliche Stimmen über Geschehendes dokumentiert......

**Ausstellung vom 30.05. bis 23.06.1996**

**geöffnet: Di. - Sa. 17.00 bis 22.00 Uhr, So. 15.00 bis 20.00 Uhr**

## Abbie Conant - Allein unter Männern

Video, BRD 1994, 90 min. von Brenda Parkerson

Nach einem glanzvollen Vorspiel wurde Abbie Conant die erste Soloposaunistin eines großen deutschen Orchesters. Aber der Meisterdirigent der Münchner Philharmoniker, wollte doch lieber ein Mann am ersten Pult. Die 12 Jahre dauernde Auseinandersetzung um die amerikanische Posaunistin wird in einer einzigartigen Mischung aus Dokumentarfilm und parodistischem Singspiel dargestellt. Im Interview erzählt Abbie Conant heute aus der Rückschau, was ihr in den 12 Jahren widerfuhr und wie sie damit umging. Im Singspiel wird das Ereignis als grelles, groteskes Spektakel erzählt.

**Mi. 12.06. um 20.00 Uhr**

## Des Fächers Schneide

Video, BRD 1994, 84 min, von Brigitte Krause

Hanyagi Genshyu: Fähig zu blutiger Gewalt, gleichzeitig einfühlsame Tänzerin und singendes Allroundtalent - eine außergewöhnliche Japanerin, die nach sehr individuellen und radikalen Maßstäben handelt und lebt. Geboren als Tochter von Wanderdarsteller, die traditionell in Japan diskriminiert wurden, gerät sie in Konflikt mit dem starren hierarchischen System der japanischen Kunstwelt. Die Auseinandersetzung gipfelt gewalttätig und bringt sie ins Gefängnis. Über eine gesellschaftliche Außenseiterin gibt der Film einen tiefen Einblick in die japanische Gesellschaft.

**Mi. 19.06. um 20.00 Uhr**





**Fr., 21.6., 20.00, KvU,** Kirche von Unten, Kremmener Str., B-Mitte,
**Film und Diskussion**

**Fr., 21.6., KOB, Anti-Papst-Veranstaltung**
Konzert: ***„Die Bösen Tanten"***
Filme Party
Potsdamer Str. B-Tiergarten

**Sa., 22.6., 18.00,** Cafe Größenwahn
**„Das Leben des Brian"**
Kinzigstr. 9 HH, B-Friedrichshain

**Sa., 22.6., Anti-Papst-Infos** auf dem Hoffest Yorckstr.
Filme [redacted]
Yorckstr. 59, B-Kreuzberg

**weitere empfehlenswerte Veranstaltungen**

**Di., 18.6., 19.30, Esther Vilar** liest aus ihrem Buch:
***„Katholikinnen aller Länder vereinigt Euch"***
Berliner Stadtbibliothek, Ribbeck-Haus, Breite Straße 36

**Do., 20.6., 20.00,** Lesung mit **Karl Heinz Deschner:**
***„Kriminalgeschichte des Papsttums"***
Roter Salon, Volxbühne am Rosa-Luxemburg Platz

# FRIEDEN JETZT!

**FÜR DIE BEENDIGUNG DES KRIEGES UND EIN FRIEDLICHES UND GLEICHBERECHTIGTES ZUSAMMENLEBEN DES KURDISCHEN UND TÜRKISCHEN VOLKES**



Krieg in Kurdistan: Kennzeichnung von Minenfeldern – BRT-60-Radpanzer der ehemaligen DDR-NVA – Hungerstreik in Berlin/Juli '95 – Militär bei Kundgebung in Diyarbakır

**DEMONSTRATION**
**Hamburg/Samstag**
**15. Juni**

**Frieden jetzt! Bundesweite Demonstration in Hamburg**

Samstag, 15. Juni 1996 / Auftakt: Sternmarsch 1 ab Carl-Legien-Platz / ZOB. Sternmarsch 2 ab Altona/Platz der Republik; Sammelpunkte ab 09.00 Uhr; Sternmärsche ab 11.00 Uhr. Hauptkundgebung auf der Moorweide ab 13.00 Uhr bis Ende 18.00 Uhr.

Libertärer Jahrmarkt 96

# TERMINE

## Strassenfest Libertärer Jahrmarkt 96

zum 5. Mal seit 1991 findet der "Libertäre Jahrmarkt" statt. Organisiert wird dieses Strassenfest von Menschen aus dem anarchistischen Spektrum. Das Strassenfest hat inzwischen eine Tradition und lockte immer über 2.000 Menschen an.

Der Jahrmarkt findet statt:

**6. Juli 1996**

15.00 bis 24.00 Uhr

wo?

**Senefelder Platz, Berlin-Prenzlauerberg**

Der Libertäre Jahrmarkt spricht alle Menschen an -mitzumachen- die aus einem antiautoritären und undogmatischen Spektrum kommen und Lust haben.

## Einladung zum Mitmachen

Wenn Ihr Interesse und Lust habt auf dem Jahrmarkt mitzumachen, würden wir uns freuen.

Wir suchen noch Menschen und Gruppen die den Jahrmarkt durch eigene Aktivitäten erweitern.

JongleurInnen, StrassenmusikerInnen, Straßentheater, usw.

Infostände aus dem politischen Spektrum, Projekte und Initiativen usw.

Auch können Ausstellungen im Freien, politische Performance, Agit-Prop usw. präsentiert werden.

Wenn ihr Euch was überlegt habt und noch Fragen habt ob das geht, so meldet Euch.

### INFORMATIONSSTÄNDE

politische Projekte, Stadtteilinitativen, Utopien, Gefangenenhilfe, Kollektive, Medien, usw. und so fort.

### VORFÜHRUNGEN

Musikgruppen, Zirkusdarbietungen, Strassentheater, Agit-Prop, Spiele für Kinder und Erwachsene, Gesangsdarbietungen usw. und sofort.

### ESSEN und TRINKEN

schmackhaftes Essen, vegetarisch-biologisch, Produkte aus dem fairen Handel mit dem Trikont, creative Getränke, und was halt Ihr gerne esst......

(Bier, Wein und Sekt darf nicht an den Ständen verkauft werden, da wir hierüber die Unkosten des Strassenfestes finanzieren müssen). Bitte auch kein harter DOP-also kein hochprozentiger Alkohol

Also wer mitmachen will ist herzlich willkommen. Am liebsten natürlich mit eigenen Ideen, Stände usw...

Wir suchen aber noch Menschen die uns beim Auf- und Abbau helfen, beim Getränkestand eine Schicht übernehmen oder bei anderen Ständen, wie Waffelverkauf usw. Also wer den

**Libertärer Jahrmarkt 96**

unterstützen will, melde sich bei uns.

Libertärer Jahrmarkt 96, c/o Colpo, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, Tel. und Fax 030/7859181

-Noch eine wichtige Mitteilung-

Wir wollen wieder ein antiautoritäres und undogmatisches Fest veranstalten und verstehen uns auch als außerparlamentarische Strömung. Das heißt, daß politische Parteien, Parteigruppierungen und parteiähnlichge Organisationen für dieses Fest ungeeignet sind. Ebenso ist das Fest für Propaganda, für autoritäre "Linke"strukturen, Medien usw. nicht geeignet. Menschen, die sich selbst vertreten sind uns willkommen.

Stände aus dem Bereich Religion, Sekten, New Age, Esotherik usw. sowie rein kommerzielle Stände sind nicht zugelassem. Verkaufsstände von Projekten und Initativen sind uns willkommen.

Für die Verkaufsstände müssen wir ein Standgeld je nach Möglichkeit des Standes verlangen.

Veranstaltungsort:
**El Locco,** Kreuzbergstr,43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

## Deppen aller Länder, vereinigt euch!

**Buchvorstellung und Lesung mit dem Autor Friedhelm Sroke**

"Deppen aller Länder vereinigt Euch!" - unter dieser Losung stellt der sich als selbstbewußter, bissiger und wortgewandter Ketzer präsentierende Autor seine Sammlung ausgewählter Satiren aus rund anderthalb Jahrzehnten deutscher Realsatire. Seine Texte die nicht als Bausteine eines neuen Weltenplans, sondern als Kommunikationsangebot für geistig rege ZeitgenossInnen ge- und erdacht sind, faszinieren zugleich durch ihre Freude am Spiel, am Experiment, an der Spontaneität und Phantasie. Wenn die Satiren schließlich in eine Art philosophische Selbstversuche übergehen, in denen fremde und eigene Gedanken zu einer neuen ideellen Legierung verschmelzen, so ist auch dies ein Angebot an die LeserInnen, selbst kreative Kräfte freizusetzen.

**21.06. um 20.00 Uhr**

## "dem einfach was entgegensetzen" Edelweißpiraten

### antifaschistischer Jugendwiderstand im Nationalsozialismus und heute

**Dokumentarvideo, BRD 1996, 45 min, von Andrea Strasser, Sibylle Schubert, Carsten Does, eine Produktion der Videogruppe Rohschnitt**

Nicht nur in Berlin, auch in vielen anderen Städten Deutschlands organisieren sich wieder Jugendliche unter dem Namen Edelweißpiraten in antifaschistischen Gruppen.

Im ersten Teil des Films berichten vier Berliner Edelweißpiraten über ihre persönlichen Motivation, sich in der Gruppe zu engagieren sowie über ihre konkrete politische Arbeit.

Der zweite Teil des Films dokumentiert eine Begegnung zwischen den vier Jugendlichen und Fritz Theilen, der während des Nationalsozialismus als Mitglied einer Gruppe von Kölner Edelweißpiraten aktiven Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime leistete. Während eines gemeinsamen Spaziergangs durch Köln erzählt Fritz Theilen die Geschichte der damaligen Kölner Edelweißpiraten.

Geschichte bleibt in diesem Film nicht bloße Lektion, sondern wird in Bezug zur Gegenwart gesetzt, ohne dabei einer Gleichsetzung der Verhältnisse währen des Nationalsozialismus und den gegenwärtigen Bedingungen zu erliegen. Besondere Aufmerksamkeit richtet der Film auf die Frage, was Jugendliche heute gegen Neofaschismus und Rassismus tun können.

**Sa. 15.06. um 21.00 Uhr**

Veranstaltung von

**Colpo**

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

Initiativen und Informationstreffen

## Anarchie heute
### Von der Gegenwart und Utopie anarchistischer Strömungen

Anarchistische Strömungen und Lebensauffassungen sind immer schwerer in der Gesellschaft zu erkennen. Welche Utopien sind heuten vorstellbar? - wie weit gibt es eine Überhaupt offensive Lebensweise in diesem unserem Lande? Sind anarchistische Lebensauffassungen, Träume und Projekte zum privatiesierten Spinnertum verkommen?

Diskussionsrunde mit Thesenreferat

**Donnerstag, 13.06. um 18.00**

Vor 60 Jahren - Beginn der spanischen Revolution

Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg

## "Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg"

Der von Richard Dindo 1974 gedrehte Dokumentarfilm stellt in Interviews, Portraits und Dokumenten Schweizer und Schweizerinnen vor, die direkt oder indirekt am Spanischen Bürgerkrieg aus den unterschiedlischten Gründen teilgenommen haben.

Videofilm auf Großleinwand

**Dienstag, 18.06. um 21.00**

Veranstaltungsort:
**El Locco,** Kreuzbergstr,43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

## Auf der Suche nach Z

itelmann

1956

ein

Hitlermann?

**Autor des Buches: "Hitler Selbstverständnis eines Revolutionärs" Seit 1994 in Berlin Mitglied des nationalliberalen Flügels der FDP.**

1992 wurde er Cheflektor des Verlages Ullstein / Propyläen dessen Verleger Fleissner in Antifa - Kreisen kein Unbekannter ist. 1993 Leiter des Ressorts "Geistige Welt" eine Wochenbeilage in der Zeitung Die Welt und Interviewpartner der rechtsextremen Zeitung "Junge Freiheit"!

**Video mit Referat zu den Machenschaften von Rainer Zitelmann, mit anschließender Diskussion.**

**Sa. 22.06. um 19.00 Uhr**

# NICHT ALLE MÖRDER SIND

Es gibt viele Arten zu Töten.
Man kann einem ein Messer
in den Bauch stechen,
einem das Brot entziehen,
einen von einer Krankheit nicht heilen,
einen in eine schlechte Wohnung stecken,
einen durch Arbeit zu Tode schinden,
einen zum Selbstmord treiben,
einen in den Krieg führen usw.
Nur weniges davon
ist in unserem Staate verboten.
B. Brecht

# SOLDATEN

Gruppe LEGO, Bremen
Avanti-Projekt undogmatische Linke, Kiel und Lübeck
V.i.S.d.P. Schwarz c/o Initiativenzentrum Schweffelstr. 6, 24118 Kiel